Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Juli/August 2023 *73. Jahrgang, Nr. 849/850*

Bundespräsident, Bundeskanzler und wir alternden Zeitzeugen

Zum „runden" Jahrestag des gescheiterten Volksaufstandes gab es viele Veranstaltungen

Das Gedenken an den Aufstand vom Juni 1953 hat in diesem Jahr vieles bewirkt. Noch einmal kamen Politiker und Zeitzeugen zusammen, um sich zu einem Tag zu bekennen, dessen Ereignisse nicht erst seit seiner Abschaffung als Feiertag für den deutlich überwiegenden Teil unseres Volkes in Vergessenheit geraten waren. Die Medien hielten vielgestaltig Rückschau auf das Geschehen vor 70 Jahren, und in den Schulen – leider bei weitem nicht in allen – wurde das Thema Diktatur besprochen. Berlin, Chemnitz, Leipzig, Düsseldorf, Düren, Arnstadt, um nur einige zu nennen, waren gut organisierte Schauplätze des Gedenkens. Ein besonderer Höhepunkt war die Einladung an ausgewählte Vertreter der Vereinigung der Opfer des Stalinismus zur Gedenkveranstaltung der Bundesregierung am Mahnmal für die Opfer des Volksaufstandes auf dem Friedhof Seestraße Berlin-Wedding. Hier sprach zunächst Berlins Regierender Bürgermeister Wegner ein Grußwort. Danach hielt Bundeskanzler Scholz die Ansprache zum Gedenken. Anschließend legten Bundespräsident Steinmeier, Kanzler Scholz, Bundestagpräsidentin Bärbel Bas, Peter Tschentscher als Präsident des Bundesrates sowie Stephan Harbarth (Bundesverfassungsgericht) Kränze nieder. Zu den teilnehmenden Gästen der VOS gehörte André Rohloff aus Neubrandenburg, der auch bei den weiteren Festlichkeiten dabei war. Er beschreibt seine Eindrücke im Nachhinein so: „Es war mir eine Freude und Ehre, dass ich im Anschluss an die Gedenkveranstaltung mit einem der letzten Streikführer, Dr. Guenther Dilling (1953 im VEB Holzwerk tätig), und weiteren Opfern der SED-Diktatur an einem Tisch sitzen durfte."

Kamerad Rohloff meint zudem: „Der damalige Mut der Streikenden, ist bis heute unser erklärter Auftrag, die Demokratie auch künftig zu schützen."

Wie in jedem Jahr lud der Bundesvorstand der VOS am selben Tag zu einer Gedenkveranstaltung am Gedenkstein am Steinplatz in Berlin ein. Die Veranstaltung wurde diesmal von einer Ehrenformation der Bundeswehr begleitet. Hier hielt der stellvertretende Bezirksbürgermeister von Charlottenburg-Wilmers-dorf, Detlef Wagner (CDU) die Eröffnungsrede. Der Bundesvorsitzende der VOS Hugo Diederich, die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur Evelyn Zupke und die Vorsitzende der BVV Wilmersdorf-Charlottenburg Judith Stückler, sprachen ebenfalls.

Herauszuheben ist, dass in der Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag vier Zeitzeugen aus ihrer Leidenszeit berichten durften. Zu ihnen gehörten Frank Nemetz und Siegfried Keil (auf dem Foto rechts mit Ehefrau Regina Keil und dem Bundesvorsitzenden der VOS Hugo Diederich).

In Düsseldorf und Düren – beides in NRW – ergriff der stellvertretende Bundevorsitzende der VOS Felix H. Holtschke das Wort. Hier hatte sich der Beauftragte der Landesregierung von NRW für würdige Feierstunden starkgemacht, an denen er auch selbst teilnahm.

In Chemnitz fand eine große Veranstaltung in der Nähe der Stele zu Ehren der Opfer des Stalinismus statt. Zu Gast waren der Oberbürgermeister der Stadt sowie der Ex- Bundespräsident Gauck, der in seiner Ansprache aus persönlicher Sicht an die Ereignisse vom Juni 1953 erinnerte. Eingeladen hatte im Auftrag der Stadt Chemnitz die Leiterin des Lern- und Gedenkortes Dr. Steffi Lehmann.

Für die VOS, insbesondere für die inzwischen verstorbenen Kameradinnen und Kameraden sprach Sachsens Landesvorsitzender Frank Nemetz bewegende Worte.

HD/ARK (Foto: VOS)

Weitere Berichte m Innenteil

Der Juni ist vorüber, wir blicken auf große Events anlässlich des Volksaufstands von 1953 zurück. In den Neuen Bundesländern haben sich viele Politiker ins Zeug gelegt, im westlichen Teil unseres schönen Landes wurden nur punktuell Gedenkveranstaltungen abgehalten, wobei sich sowohl unsere inzwischen in die Jahre gekommenen Kameraden, aber auch einige politische Kräfte aus tiefer Überzeugung sehr bemüht haben. Zu ihnen gehört Heiko Hendriks, Landesbeauftragter in NRW. Ihm und den namentlich nicht Genannten sei ausdrücklich gedankt. Dies gilt ebenso für das Institut für Deutschlandforschung in Bochum, wo in einer wissenschaftlichen Vorlesungsreihe über Aspekte der SED-Diktatur auch der Volksaufstand von 1953 behandelt wurde.

Zu den herausragenden Akteuren der Veranstaltungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gehört sicherlich unser Ex- Bundespräsident Gauck, der in Chemnitz und an anderer Stelle seine persönlichen Erfahrungen in die Vorträge einbauen konnte und die Zuhörer mitriss, wenngleich sein Vortrag die Bedeutung der Widerstandsbewegung des Zeitraumes von 1953 bis 1989 aussparte. Darauf muss man hinweisen, denn gerade nach dem Juni 1953 wurde die Diktatur zu einem eisernen Netz, das zahllose demokratisch eingestellte und dementsprechend unerschrocken handelnde Bürger des Dreibuchstabenlandes DDR in die Haftanstalten des MfS verbringen ließ. Politische Witze, offene Kritik am Staat, Fluchtversuche und Ausreisebegehren waren „gängige Delikte“, mit denen Aufrührer die zweifelhafte Souveränität des Staates unterwanderten und eine Stimmung im Land schufen, um die auch der Westen in seinen teils leisetreterischen Berichten nicht umhin kam.

Das SED-Regime befand sich trotz der ewig kläglichen Eigenlobhudelei zeit seines Bestehens näher am Abgrund, als man es – vor allem in der Bundesrepublik – wahrhaben wollte. Das Ende der Fahnenstange in Sachen Volksunzufriedenheit zeigte sich im Sommer 1989, als Hunderte die deutschen Botschaften in den „Bruderländern“ erstürmten und die Flüchtenden in Ungarn die Grenzzäune wie wilde Horden durchbrachen. Man ließ alles Hab und Gut zurück, nur um nicht mehr dort leben zu müssen: in der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“. Die Sehnsucht nach Freiheit ging Hand in Hand mit dem Gedanken, dieser DDR ein Ende zu machen und die Einheit Deutschlands zu erreichen.

Auf ein Wort des Redakteurs

Mag sein, dass die Vorstellung des Gelingens der Wiedervereinigung nicht immer eine konkrete Gestalt hatte, so war sie bei vielen vorhanden. Jene, die aus der Haft in die Bundesrepublik ausgereist waren, hatten den Glauben daran besonders. Und wir als VOSler haben alle mal unverdrossen für ein geeintes Vaterland gekämpft.

Die Erinnerung an die Niederschlagung des Juni-Aufstandes von 1953, das Gedenken, die Rückblicke haben noch einmal verdeutlicht, was eine Diktatur ausmacht: Sie kann sich nur mit Gewalt am Leben halten, sie unterdrückt ihre Bürger, ihr Blick auf die Realität bleibt verstellt.

In den Reden, die heuer gehalten wurden, wurde beklagt, dass wir aktuell von Diktaturbestrebungen bedroht werden. Es sind die Parteien der politischen Mitte, die eine Rückkehr zur Diktatur fürchten. Und jene Parteien, die nicht der Mitte angehören, behaupten, wir hätten sie jetzt wieder, die DDR, eine Diktatur also, es sei hier wie „damals“ – man bekommt es zunehmend zu hören, denn viele Bürger finden sich in der Tat nicht zurecht, sie sind von den politischen Beschlüssen und einem Hin und Her in der Politik überfordert, sie haben Angst vor der Zukunft und sehen sich ohnmächtig den sich zu Obrigkeiten aufschwingenden politischen und behördlichen Instanzen ausgesetzt. Daran sind nicht die Bürger schuld, selbst wenn die Politiker das meinen. Der Vergleich mit der DDR ist somit nicht so absurd, wiewohl das von „oben“ behauptet wird. Auch die Regierung des SED-Staates hat offen verkündet, sie sei demokratisch, sie sei sozial, sie mache alles richtig. Vor allem sei sie durch freie Wahlen legitimiert. Wer offen oder manchmal nur leise das Gegenteil vertrat, weil alles durchgehend erlogen war, der oder die musste mit Haft oder schweren Benachteiligungen rechnen. Das galt bis zuletzt.

Heute ist das nicht so, daher hinkt der Vergleich mit der DDR grundsätzlich. Es gibt freie Wahlen, jeder kann ungehindert reden, ohne mit einer Bestrafung zu rechnen. Es ist eher so, dass es zu viel Meinungs- und Handlungsfreiheit gibt. Es hat vor allem mit dem Internet zu tun, wo viele Bosheiten, auch verbal geäußerte Gewalt, zum Ausdruck kommen und Bedrohungen angekündigt werden. Das Internet ist ein Medium, in dem gezielt Lügen und ungesunde Stimmungsmache verbreitet werden können. Es entsteht ein Chaos, durch das eine offene Diskussion, so man sie will, erstickt wird.

Dennoch wäre es dringend erforderlich, sich mit inhaltlich berechtigten Vorwürfen auseinanderzusetzen. Wir als Opfer der SED-Diktatur fordern das ganz ausdrücklich. Wir warten auf die Umsetzung der minimalen Versprechungen, die im Koalitionsvertrag und in den Wahlprüfsteinen gemacht wurden. Wir warten darauf, dass man mit der Basis, nicht nur mit einzelnen Vertretern, redet, dass unsere Briefe beantwortet und die geleisteten Zusagen eingehalten werden. Bisher ist nichts geschehen. Andeutungen, Vertröstungen, Schweigen und immer wieder Ausflüchte, das ist alles.

Der Mauerfall ist im kommenden November 34 Jahre her. Sollen wir nach diesen 34 Jahren immer noch Nachweise über Haftschäden bringen? Müssen wir nach diesen 34 Jahren immer noch selbst beweisen, dass wir Zwangsarbeit geleistet und unter fürchterlichsten Haftbedingungen gelitten haben? Wenn wir diese Fragen stellen und dabei die eigenen Nerven und Emotionen nicht im Zaum halten können, muss sich niemand über Diktaturvergleiche – mögen sie wohl hinken – wundern.

Bis zur nächsten Ausgabe Ihr
Alexander Richter-Kariger

AKTUELLES THEMA IN DIESER AUSGABE:

Gedenken, Erinnern, Betroffenheit – der 17. Juni nach 70 Jahren. Die Rolle der VOS

Titelseite

Gedenken und Mahnen mit prominenter Besetzung aus der Politik
Der 70. Jahrestag des Volksaufstands rückt noch einmal die Geschehnisse vom Juni in Erinnerung

***Redaktionsthema*:**
Diktaturvergleiche, auch wenn sie nicht stimmen
Die Stimmung im Land könnte besser sein. An wem es wohl liegt 2

Die Entwicklung Deutschlands und Europas hätte sich anders gestaltet
In Chemnitz treffen an historischer Stätte Politiker und Zeitzeugen zusammen 4 – 7

Ein letzter geheimer Gruß an die Ausreisenden vom Stasi-Chef
Lern- und Gedenkort zeigt Dokumente, die die Häftlinge beurteilten 7

Trotz 86 noch fit und auskunftsfreudig
Siegfriede Keil in Westerburg am Gymnasium 11

Mit der Künstlichen Intelligenz die Flamme der Freiheit neu erweckt
Düren ehrt mit vielen Teilnehmern die Opfer des Volksaufstand s vom Juni 1953 12 – 13

Die Welt sah, als er im Grenzstreifen verblutete. Jetzt schweigt sie
Der Kampf um eine Straße, die nach Peter Fechter benannt werden soll 13

Neue Töne, neue Aspekte
Ein ehemaliger MfS-Mann meldet sich anonym zum UHA Neubrandenburg 13

Informationen über Barcode
Eislebener Bürgermeister weiht Gedenktafel zum Volksaufstand 1953 ein 14

Putin, der 17. Juni 1953 und die Massen-Demos von 1989
Wie wäre es gekommen, wenn die 1989 die Sowjet-Panzer wieder gerollt wären? 14

Dieses Gedenken an dieser Stelle mit diesen Menschen ist unverzichtbar
In Malchow (MVP) fand eine würdige Gedenkfeier zum 17. Juni statt 15

Engagierter Kämpfer gegen das Unrecht
Nachruf auf Hans Schwenke 15

Uraufführung des Films als Höhepunkt
Geithain ehrt seine Opfer 16

Leidenschaftlicher und mutiger Journalist
Jörg Bilke über den fast vergessenen Literaten Andreas Mytze 17

Gegen die Schwere des Traumas kämpfen
Marie Luise Knopp veröffentlicht auf Drängen ihrer Enkel das neue Buch 18

Verborgene Literatur erstmals öffentlich
Großer Zuspruch für die Lesung der besonderen Art in Bochum 19

Organisator, Motor und Kämpfer
Gerd Franke wird im August 75 Jahre 20
Impressum, Veranstaltungen 20

Spendenbereitschaft hilft uns allen:
Reinhard Köhler, Gerd Berlin, Waltraud Thiele, Reinhard Golde, Karl-Günter Wehling, Beate Rusch, Renate Storch, Frank Diekmann, Karl-Heinz Ulrich, Wolfgang Lehmann, Helmut Günther, Frank Hohmuth, Ursula Lindner, Alexander Richter-Kariger, Ingrid Wohlfahrt, Bruno Niedzwetzki, Karl-Jürgen Tempel, Walter Schrader, Friedhelm Stage, Reiner Miserocchi, Angelika Rabalt, Herbert Steinert, Horst Lindemuth, Ruth Annelies Anders, Herbert Thomas, Hartmut Chyba, Wolfgang Sendzick, Lutz Glaser, Waltraud Ewert, Gerd Ahnert

Danke allen Spendern

Bitte beachten: Interview mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Felix Heinz Holtschke Seiten 8 bis 10 in dieser Ausgabe.

Achtung! In Gesprächen und schriftlichen Rückmeldungen wurde mitgeteilt, dass teils keine Auslieferung der letzten Ausgabe (847/8) der Fg erfolgte. Schwerpunkt des Versäumnisses war das Bundesland NRW. Bitte melden Sie sich, wenn Sie davon betroffen sind.

Vom Redakteur: Die deutsche Sprachobrigkeit hat in ihrer unübertrefflichen Weisheit entschieden, das Gender-Sternchen (*) nun doch nicht als offizielles Zeichen zuzulassen. Wir gehorchen (mal wieder).

Erfreulich: Die Bundesbeauftragte Evelyn Zupke überreicht dem VOS-Vorsitzenden den zweiten Bericht seit Antritt ihrer Amtszeit. (Foto: © offiziell)

In der nächsten Freiheitsglocke (ohne Gewähr):

Bericht der Opferbeauftragten an den Bundestag mit wichtigen Vorschlägen/Forderungen
Freikauf im Winter 1985 – ein Zeitzeugen-Bericht
Siegmar Faust: Herausforderer und Lebenskünstler
Korrespondenz Karl-Heinz Genath mit Politik

Chemnitz: Der 17. Juni als Chance, die Geschichte des Widerstands gegen eine verharmloste Diktatur wachzuhalten

Joachim Gauck als prominenter Gast der Gedenkfeier an den Volksaufstand vom Juni 1953

Es war der 18. März des Jahres 2012, als Deutschland einen Bundespräsidenten bekam, der in seiner Art und von seiner Herkunft ungewöhnlich, dessen Wahl dennoch mehr als überfällig war. Dieser Bundespräsident begann seine Amtsantrittsrede mit dem denkwürdigen Satz: „Was für ein schöner Tag.“ Wer sich nicht erinnern kann: Der damals neugewählte Präsident hieß Joachim Gauck, er war in den 1990er Jahren maßgeblich an der Erfassung und Sicherung des nahezu unübersehbaren Bestandes der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit beteiligt, und nicht zuletzt trug das Amt inoffiziell seinen Namen: Gauck-Behörde.

Der 17. Juni des Jahres 2023, um den es hier – nicht nur, dennoch in beachtlichem Maße – geht, war ein ebensolcher, freilich auf andere Art, schöner Tag. Es war das Gedenken an das zentrale Datum des Volksaufstandes von 1953, das an einem würdigen Ort stattfand: Dies war die Stele unweit der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt, heute entsteht dort ein Lern- und Gedenkort für Menschen aller Altersklassen, vornehmlich für Schülerinnen und Schüler.

Was diesen Ort auf dem Kaßberg im zurückbenannten Chemnitz aus geschichtlicher Sicht heraushebt und ihn von den anderen Untersuchungshaftanstalten des Ministeriums für Staatssicherheit unterscheidet, ist seine zweifache Funktion. Die Untersuchungshaftanstalt Karl-Marx-Stadt war Gefängnis für politische Häftlinge, gegen die durch das Organ ermittelt wurde, und sie war der Umschlagplatz für Häftlinge, die durch die Bundesregierung freigekauft werden sollten. Letzteres ist ein Vorgang, der in der Nüchternheit seines Ablaufes und in seinem nach wie vor umstrittenen moralischen Aspekt seinesgleichen sucht.

Dass es einen solchen Ort zu erhalten und zum Lernort auszubauen gilt, ist nicht nur den heute noch Lebenden vom Freikauf Betroffenen wichtig. Es hätte sonst nicht an eben dieser Stelle die Gedenkfeier, die erstmals von der Stadt Chemnitz in Zusammenarbeit mit der VOS Sachsen und der Leitung des Gedenkortes organisiert wurde, zum nunmehr 70 Jahre zurückliegenden Volksaufstand in der untergangenen DDR gegeben.

„Ich bin dankbar, in diesem Land zu leben, das aus seiner Vergangenheit gelernt hat. Ohne den 17. Juni 1953 wäre die Geschichte Deutschlands und Europas wohl anders verlaufen.“ *Sven Schulze, Oberbürgermeister von Chemnitz*

Großen Anteil an der Entwicklung der Gedenkstätte haben Jürgen Renz, Hanka Kliese und Dr. Steffi Lehmann, die inzwischen als Leiterin agiert und auch in der VOS organisiert ist. Es war möglich, neben dem Bundespräsidenten a. D. Joachim Gauck den Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze sowie Sachsens Staatsminister für Wirtschaft Martin Dulig als weitere prominente Gäste zu gewinnen.

„Es ist nun eineinhalb Jahre her, dass die russische Organisation Memorial international als größte und älteste unabhängige Menschenrechtsorganisation Russlands verboten wurde, welche die Aufarbeitung des Stalinismus‘ in Russland in den Blick genommen hatte.“ *Martin Dulig Staatsminister in Sachsen*

Sowohl Herr Schulze wie auch Minister Dulig wiesen in ihren Ansprachen auf die Bedeutung des Volksaufstandes hin, ebenso machten sie deutlich, dass ohne das gewaltsame Eingreifen des sowjetischen Militärs die Geschichte im Nachkriegsdeutschland einen Verlauf mit Namen Wiedervereinigung genommen hätte.

Dass dieses Ereignis dann Jahrzehnte später eintrat, hatte mit derselben Unerschrockenheit der demonstrierenden Massen zu tun wie im Herbst 1989. Es gab keinerlei Gewissheit für einen friedlichen Ausgang. Neben Stasi-Chef Mielke erinnerten sich ohnehin nur Wenige an den Aufmarsch der sowjetischen Panzer im Juni 1953. Die Hoffnungen richteten sich in der Tat auf KPdSU- Generalsekretär Gorbatschow, dessen Verzicht auf den Einsatz von Panzern den Ausschlag gab: Es sollte nicht noch einmal eine gewaltsame Niederschlagung mit Toten, Verletzten, einer nachfolgenden, endlosen Flüchtlingswelle sowie Verfolgungen und Inhaftierungen von Beteiligten geben. Dass nun nach weiteren Jahrzehnten Russlands Präsident Putin versucht, das Rad der Geschichte durch einen für ihn letztlich aussichtslosen Krieg zurückzudrehen, wurde sowohl von den Festrednern wie auch von den vielen anwesenden Betroffenen mit Unverständnis und Ablehnung bewertet. Übereinstimmend wurde darauf hingewiesen, dass die Behauptung, Russlands Grenzen wären durch die NATO bedroht, nichts anderes als ein Vorwand sei, um Putins Kriegstheorie zu untermauern.

Joachim Gauck, Hauptredner des Tages, stellte in seiner Ansprache klar, dass die einstige Sowjetunion und die USA 1945 die Deutschen vom Nationalsozialismus befreit haben. Er berief sich jedoch zugleich auf das Zitat des Schriftstellers Uwe Johnson, demzufolge Befreier irgendwann ihre Rolle als Befreier aufgeben sollten, ansonsten seien sie keine Befreier.

In der DDR wurde diese Situation schnell erkennbar: Die Sowjets waren nicht bereit, den von ihr als Satellit gegründeten Arbeiter- und Bauernstaat in die Eigenverwaltung des Volkes abzugeben und Wahlen zuzulassen. Sie unterdrückten die Menschen, und das Ziel des Diktators Stalins war es, langfristig ganz Deutschland und später Europa unter die Herrschaft des Kommunismus zu bringen.

→ *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite*

Bereits mit dem Vormarsch durch die deutschen Ostgebiete hatte die Rote Armee mit Plünderungen, Vergewaltigungen und Hinrichtungen angekündigt, was das befreite deutsche Volk zu erwarten hatte: hohe Haftstrafen, Denunziationen, rigoros vollstreckte Todesurteile und Transporte nach Workuta und in andere Lager.

Nebenbei sei angemerkt, dass sich zahllose Kunstwerke und archäologische Funde, die als Beute aus den deutschen Museen nach Moskau oder St. Petersburg verschleppt wurden, noch immer nicht zurückgegeben worden sind. Ein Beispiel ist der vor 150 Jahren von Heinrich Schliemann entdeckte Goldschatz, ursprünglich Troias König Priamus zugeschrieben, auf dessen Rückführung inzwischen die türkische Regierung Anspruch erhebt.

Joachim Gauck selbst ist durch die Geschehnisse des Volksaufstandes geprägt. Damals 13jährig, blickte er bereits auf die Verhaftung des Vaters durch die Sowjets zurück. Wie viele Mitglieder der ersten VOS-Generation wurde Wilhelm Gauck für vier Jahre in ein sibirisches Arbeitslager verschleppt. Den Sohn Joachim prägte diese Erfahrung für sein gesamtes Leben. Es schuf jedoch auch eine tiefe Verbundenheit zu den Schicksalsgefährten seines Vaters.

„Die Ostdeutschen haben 1953 und 1989 gezeigt: Wir können und wir wollen Freiheit. Und das ist von der Mehrheit der Deutschen nicht erkämpft worden, sondern von dieser Minderheit, die hier im Osten wohnt. Die Mehrheit hat sich dankenswerter Weise entschlossen, diesen Tag zum Nationalfeiertag zu machen.

Joachim Gauck, Bundespräsident Deutschlands von 2012 bis 2016

Er besuchte nach dem Amtsantritt als Bundespräsident den aus Sachsen stammenden VOS-Aktivisten Dr. Martin Hoffmann in Baden-Württemberg. Hoffmann, der wenige Jahre später starb, zeigte ihm die wie Heiligtümer in seinem privaten Haft-Museum aufbewahrten Exponate, die er aus der eigenen Lagerzeit auf abenteuerliche Weise hatte überführen können. Die Fotos dieses Besuches und ein Bericht waren ebenso wie die Rezensionen zu Martin Hoffmanns Büchern in der Freiheitsglocke zu finden. Der Besuch des Bundespräsidenten bei Dr. Martin Hoffmann war nach den frühen Kontakten der VOS zu Kanzler Adenauer und später zu Richard von Weizäcker ein weiterer Höhepunkt im Verbandsleben. Martin Hoffmann, dies sei hier mit Dankbarkeit angemerkt, setzte sich bis zum letzten Atemzug und mit der Fortbewegung per Rollator für die Aufarbeitung des durch das kommunistische Regime begangene Unrecht ein.

Joachim Gauck schilderte in seiner Ansprache in einer Mischung aus persönlicher Betroffenheit und politischer Klarheit, wie er die DDR erlebt hatte. Es war keine Alltagsrede, sondern da waren innere Bewegung und Stolz, zugleich noch immer eine spürbare Wut wegen der 1953 misslungenen Wiedervereinigung und die tiefe Genugtuung, dass der Wille eines ganzen Volkes 26 Jahre später in Erfüllung ging. Gauck selbst gehörte als Pfarrer in den Widerstand, er trug den Sticker „Schwerter zu Pflugscharen“, er war Sprecher des Neuen Forums und nahm an den legendären Herbst-Demos gegen die SED-Diktatur teil. Seine Verdienste an der Schaffung der Stasi-Unterlagen-Behörde sind so unumstritten wie seine zahlreichen klaren Statements zum SED- Unrecht. Mag sein, er hielt dieselbe Rede an anderer Stelle, vielleicht am selben Tag, noch ein- oder gar zweimal, so war sie doch von hoher Authentizität und ungeheuchelter Anteilnahme geprägt und trug erheblich zur Würdigung des geschichtlich bedeutsamen Datums und zum Gedenken an die Opfer des Junis 1953 bei.

Gauck ging vor allem ausführlich auf die Ursachen und Ziele des Volksaufstands ein. Er erinnerte an die schwierige Ernährungssituation in den frühen Jahren der DDR und an die Zuteilung des Essens per Lebensmittelkarten, er sprach über die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft, und er erinnerte – und das ist ihm sehr hoch anzurechnen – an den damals 23- jährigen Arno Esch, Mitglied der Liberalen Partei in der DDR, der nach Moskau verschleppt und dort hingerichtet wurde. Mehrfach berichtete die Freiheitsglocke über dessen trauriges Schicksal.

Besonders hervor hob Gauck die herausragende Rolle des in Ost-Deutschland lebenden Teils der Bevölkerung. Der erdrückende Volkswille und die Furchtlosigkeit waren bereits 1953 eine Basis für den Widerstand, den über Jahrzehnte tausende Menschen mit Haftstrafen zu büßen hatten. Auch wenn Gauck diese politische Passage und diese Opfer- und Widerstandsgruppe nicht so ausdrücklich im Blick hatte.

→ *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite*

So zeugt doch das angrenzende Objekt der Untersuchungshaftanstalt von deren Leiden und dem Patriotismus. Was die Folgen des Volksaufstandes betrifft, so sind

auch diese nicht nur geteilt, sondern stehen sich konträr gegenüber: Während in der DDR eine ununterbrochene Jagd auf echte oder von den Organen einfach nur erzeugte Staatsfeinde stattfand, hatte die Bundesrepublik den 17. Juni bereits ein Jahr später zum arbeitsfreien Gedenktag erhoben. Die Bürger konnten fortan einen schönen Sommertag im Freibad und der Eisdiele genießen, ohne dass sie sich alsbald an den Grund des freien Tages erinnerten. Nachdem dieser freie Tag durch den 3. Oktober abgelöst worden war, erloschen die Erinnerungen an den Volksaufstand weiter. Es waren vor allem die Verbandsmitglieder der VOS, die zum Gedenken aufriefen und die dies auch diesmal, sieben Jahrzehnte später, taten und weiterhin tun werden.

Zu den besonders gelungenen Elementen der Chemnitzer Veranstaltung zählt der Brückenschlag zur heutigen Generation und zu den Opfern der kommunistischen Diktatur. Hier haben die Organisatoren klug vorausgedacht. Frank Nemetz, Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen, war bereits am 16. Juni mit einem Zeitzeugen-Bericht in die Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages eingeladen worden. Hier in Chemnitz erinnerte er in einer ebenfalls bewegenden Ansprache an sein eigenes Schicksal in der Haft, das er in eben dem Gefängnis auf dem Kaßberg erlitt.

Einmal mehr ist zu spüren und zu erfahren, dass es den Besuchern tief unter die Haut geht, wenn ein Betroffener wie Frank Nemetz das Wort ergreift und ohne auffälliges Pathos über die Haftzeit spricht.

Nemetz sprach zugleich für die vielen politischen Häftlinge, die – mitunter unverschuldet – durch die Willkür im SED-Staat für ihr Leben gezeichnet sind. Eines dieser Opfer ist die 61-jährige Chemnitzerin Sabine Popp (nebenstehendes Foto), die zu fünf Jahren Haft verurteilt war. Auch sie nahm an der Veranstaltung teil und schilderte dem Ex- Bundespräsidenten in berührender Weise ihren Leidensweg.

Frank Nemetz rief innerhalb seiner Ansprache zu einer Schweigeminute für die Opfer des Volksaufstandes auf, und er würdigte die Verdienste der inzwischen verstorbenen Kameraden des Landesverbandes Sachsen, wobei er die rührigen Mitstreiter Eberhard Hoffmann, Erwin Tränkmann, Johannes Kirsch und Wolfgang Loos ausdrücklich hervor hob.

„Ich möchte mit Annemarie Krause und Roland Steinbach ganz besonders zwei ‚bewährte' Zeitzeugen begrüßen, die sich um die Zeitzeugen-Arbeit mit jungen Menschen sehr verdient gemacht haben."

Frank Nemetz, Vorsitzender des VOS-Landesverbandes Sachsen

Dass an eben jenem Platz, da die Gedenkfeier stattfand, eine Stele mit Inschrift zur Erinnerung und das Gedenken an die Opfer der Diktatur steht, ist ein Verdienst, das auf die Bemühungen der Verstorbenen zurückgeht.

Mit dem Voranschreiten der Jahre sind es inzwischen deutlich weniger Zeitzeugen der ersten Generation. Zu den Lebenden gehören jedoch Annemarie Krause und Roland Steinbach, die auch zu den Gästen des Tages zählten. Nemetz beklagte, dass auch zu den Treffen ehemaliger Lagerhäftlinge kaum noch einstmals Inhaftierte kämen. In Mühlberg, das zum Bundesland Brandenburg gehört, seien zuletzt lediglich drei Zeitzeugen erschienen. Einer von ihnen war Roland Steinbach. Dies ist eine Tatsache, an die wir uns gewöhnen müssen – mag es auch bitter sein.

„Der 17. Juni 1953 zeigt uns noch heute, wie viel ein zündender Gedanke in Bewegung bringen kann. … Umso tragischer ist es, dass dieser Tag nach und nach in Vergessenheit gerät. Um das zu verhindern, sind außerschulische Lernorte wie das Kaßberg-Gefängnis entscheidend.

Katharina Offermann, Schülerin aus Chemnitz

Umso wichtiger ist es, dass jetzt und in Zukunft erinnert wird und das Wissen um das geschehene Unrecht ebenso weitergegeben wird wie die Namen der Betroffenen.

Für jene erst weit nach der Wiedervereinigung geborene Generation trat die Chemnitzer Elftklässlerin Katharina Offermann an das Rednerpult. In einem klugen, inhaltsvollen Redebeitrag bekannte sie sich im Namen der nachwachsenden Generationen unmissverständlich zu den Werten der Demokratie, wie wir sie heute erleben und auch jungen Menschen vermitteln wollen. Meinungsfreiheit, das Recht zu demonstrieren und geheime Wahlen sind demnach Bestandteile unseres Alltags, sie sollen es bleiben. Und egal, dass sie von einem Teil der Bevölkerung nicht wahrgenommen werden oder ihre Existenz bzw. Anwendung kategorisch geleugnet wird, machen gerade sie das Wesen unserer Gesellschaft aus und bilden einen wichtigen Kontrast zu den Diktaturen, die es bis heute noch in vielen Ländern der Erde gibt.

→ *nächste Seite oben*

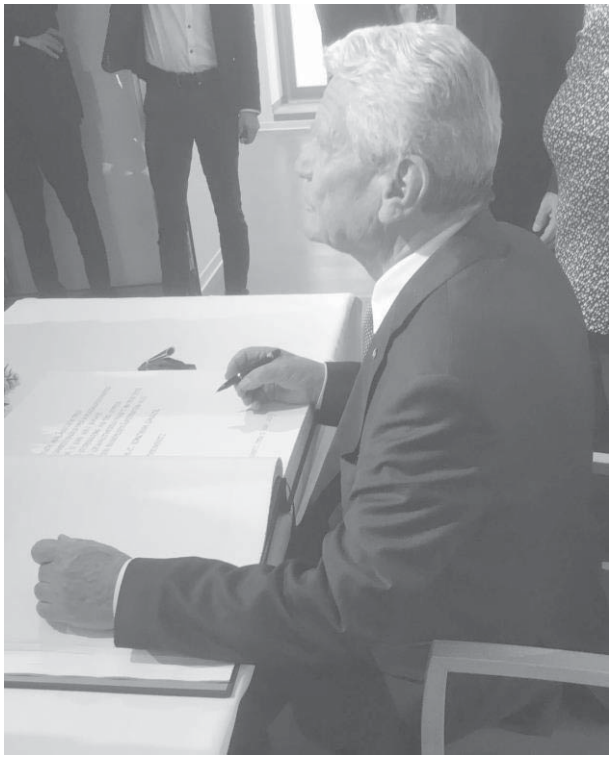
→ von voriger Seite

Auch ohne den Unrechtsstaat DDR mit erlebt zu haben wird durch den Beitrag der Schülerin sichtbar, dass es ein grundlegender Irrtum ist, das heutige politische System in Deutschland mit dem untergangenen Sowjet-Satelliten-Staat zu vergleichen und die frei gewählten Politiker zu beschimpfen oder gar zu bedrohen. Und ganz sicher ist erkennbar, dass sich die Jugend mehr denn je für die Geschichte unseres Landes interessiert und an der Gestaltung demokratischer Inhalte mitwirken möchte.

Im Anschluss an die Gedenkfeier fand eine Führung durch die Räumlichkeiten des Lern- und Gedenkortes Kaßberg statt.

Alt-Bundespräsident Joachim Gauck durfte in Begleitung der Medienvertreter einige Zellen und die Flure der ehemalige UHA betreten, wobei ihm der Vorsitzende des Vereins des Lern- und Gedenkortes und der Projektleiter Einblick die Haftverhältnisse gaben.

Da sich der Gedenkort noch in der Bauphase befindet, lässt sich über das Ausmaß der Anlage kein endgültiges Urteil fällen. Erkennbar ist jedoch, dass wie in anderen ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalten auch hier die Freihofkäfige nicht erhalten geblieben sind. Und gerade sie wären das entsetzliche Zeugnis einer unmenschlichen Behandlung von Inhaftierten, das man den Lernenden vor Augen führen sollte.



Joachim Gauck – das Foto zeigt ihn mit dem Gästebuch im Angesicht der Fotografen – zog mit seinem Eintrag in das Gästebuch ein positives Fazit: „Mit Freude und Dankbarkeit habe ich am geschichtsträchtigen Datum 17. Juni dieses Projekt kennengelernt und mich über die Aktivitäten der Beteiligten informieren lassen. Mit guten Wünschen für die Zukunft – Joachim Gauck.“ *B. Thonn, Fotos (©): ARK*

Anm.: *Nebenstehend einige Informationen über den Lernort Kaßberg, seine Inhalte, die Zielstellung, die Förderung und vorgesehene Termine.*

Aktenspur eines kranken Hirns

Chemnitz: Mielkes Dokumentationswahn

Wer es noch nicht wusste: Kein politischer Häftling, der über das Stasi-Gefängnis auf dem Chemnitzer Kaßberg die DDR in einem Freikauf-Bus des Westens die DDR verlassen hat, wurde vor der Ausreise nicht durch den Chef des Ministeriums für Staatssicherheit persönlich überprüft. In einem sogenannten Beurteilungsblatt, das aus ein bis zwei DIN-A-4-Seiten bestand, wurden die Daten der Häftlinge – Name, Geburtsangaben, Familienstand, Beruf, Wohnort und (natürlich!) eine Haft-Charakteristik – erfasst. Minutiös wurden hierin auch der Lebensweg, die politische Einstellung, die Inhalte und der Verlauf der staatsfeindlichen Aktivitäten des Häftlings, die oft die Ausreise aus der DDR zum Ziel hatten, beschrieben.

Diese Dokumente sind in ihrer Art nahezu einmalig. Dass sie erhalten geblieben sind und nun der wissenschaftlichen Auswertung zugeführt werden können, ist geradezu ein Glücksfall und zugleich eine Chance, in der Aufarbeitung des SED-Unrechts voranzukommen. Während im Bundesarchiv Säcke voller geschredderter Akten stehen, von denen man nicht weiß, will oder kann man sie nicht zusammenfügen und anschließend aufarbeiten, geben diese Kurzfassungen von „Straftaten“ und Lebensläufen einen gebündelten Einblick in die Ziele und Motivationen des Ministeriums für Staatssicherheit. Somit wird sichtbar, wie das krankhafte Denken und Handeln eines Erich Mielke den 33.000 freigekauften politischen Häftlingen zum Verhängnis wurde.

Der Lern- und Gedenkort Chemnitz, dem inzwischen wenigstens ein Teil des ehemaligen großen U-Haft-Geländes zugebilligt wurde, nutzt nun die aufgedeckten Ressourcen zur Archivierung und Veröffentlichung des vorliegenden Materials. Wer diese Stätte zu DDR-Zeiten als politischer Häftling durchlaufen hat, kann nun durch Ausfüllen eines Vordrucks verfügen, dass seine „Mielke-Dokumentation“ herausgesucht und veröffentlicht wird. Er oder sie hat danach die Möglichkeit, im Rechercheraum sein Aktenblatt einzusehen und es zum Lesen für die Besucher freizugeben. Ob ihn oder sie die Inhalte schockieren, dürfte – bildlich gesprochen – auf einem anderen Blatt stehen. Man weiß, wie das MfS mit perfiden Methoden und Unterstellungen die eigenen Bürger kriminalisiert, eingeschüchtert und verunsichert hat. Der Rechercheraum soll es insonderheit Jugendlichen ermöglichen, sich abseits des üblichen Lernstoffes einen Eindruck von praktischen Geschichtsabläufen zu verschaffen.

Dass all dies hier aufgedeckt und aufgearbeitet und an die Öffentlichkeit gebracht wird, ist zum großen Teil der Leiterin des Lern- und Gedenkortes zuzuschreiben. Steffi Lehmann hat in der eigenen Familie einen bedrückenden Fall aufgearbeitet. Es ist ihr daher wichtig, die Zusammenhänge des politischen Unrechts jener Zeit zu veranschaulichen und vielen Opfern und deren Schicksalen ein Gesicht zu geben.

Der Lern- und Gedenkort ist erreichbar unter Kaßberg-Gefängnis e.V. Reichsstraße 35 09112 Chemnitz. Tel.: 0371 3824854 Fax: 0371 3824827 E-Mail: info@gedenkort-kassberg.de. *V. Bosse*

„Hütet die Demokratie, sie ist kein Geschenk und kein Naturgesetz!“

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der VOS stellt sich den Fragen des Fg-Redakteurs

Anlässlich der Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes vom Juni 1953 nahm der in Düsseldorf lebende stellvertretende VOS-Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende der VOS in NRW Felix Heinz Holtschke an mehreren Veranstaltungen teil und machte in Berlin vor dem Bundespräsidenten auf die Forderungen der SED-Opfer aufmerksam. Der Fg-Redakteur führte für die neue Ausgabe ein Interview mit ihm.

Frage: Welche Bedeutung hat der 17. Juni als Gedenktag nach inzwischen 70 Jahren für dich?

Antwort: *Die Bedeutung dieses Volksaufstandes wurde mir erst mit den Jahren bewusst, denn ich war damals gerade drei Jahre. Später wurde in meinem Heimatort Niesky bestenfalls mit vorgehaltener Hand darüber gesprochen. So erfuhr ich von den Älteren, einer von denen war danach im Zuchthaus Bautzen inhaftiert, dass es auch in Niesky Protest- und Widerstandsaktionen gegeben hat, die jedoch umgehend niedergeschlagen wurden. Von den Beteiligten und den vielen danach Inhaftierten hat man nie wieder etwas gehört. Dieser so bedeutende Tag kehrte in mein Bewusstsein erstmals am 9. November 1989 zurück, als in Berlin die Mauer fiel …*

Frage: Du bist in der Region Oberlausitz, wo man kein West-Fernsehen empfangen konnte, aufgewachsen. Waren dort in den Jahren nach dem Volksaufstand – etwa ab 1960/1 – Nachwirkungen zu spüren?

Antwort: *Ich habe Niesky 1968 endgültig den Rücken gekehrt, ging zum Studium nach Dresden und weilte von da an nur besuchsweise bei meinen Eltern dort. Die Menschen, auch meine Eltern – fernab im „Tal der Ahnungslosen – waren größtenteils brave, politisch unkritische bzw. verängstigte Bürger, die es nicht wagten, sich der Arbeiter- und Bauernmacht, sprich dem Führungsanspruch der SED in irgendeiner Weise entgegenzustellen. Mit anderen Worten: Das Thema 17. Juni 1953 war in der DDR völlig aus den Köpfen.*

Frage: Welchen Eindruck hast du von Deiner mittlerweile auch nicht mehr neuen Heimat zu diesem Gedenktag? Hat hier im Westen jemand Interesse, auf diesen Tag zurückzublicken?

Antwort: *Für die Menschen in den alten Bundesländern, insbesondere für die Jüngeren, ist dieser Tag inzwischen ohne Bedeutung. Allein historisch interessierte Menschen in Ost und West sowie zwangsläufig auch Politiker und natürlich wir ehemals vom SED-Regime Verfolgten, messen diesem Ereignis die gebührende politische Bedeutung zu. Dass die ehemaligen Systemträger allerdings dieses Datum aus ihrem Gedächtnis gestrichen haben, versteht sich von selbst!*

Frage: Du bist im Zeitzeugenprojekt der VOS in NRW ein gefragter ehemaliger politischer Häftling. Wenn du in die Schulklassen gehst, wird dort – ohne dass du das Thema ansprichst – nach dem 17. Juni als markantes geschichtliches Datum gefragt?

Antwort: *Nein, Fehlanzeige. An dieser Stelle stellt sich die Frage, was steht aktuell in den schulischen Lehrplänen im Fach Geschichte zum Thema Zweite Deutsche Diktatur? Die SED-Opferorganisationen fordern seit langem, u. a. auch in den Wahlprüfsteinen zur letzten Bundestagswahl, eine Überarbeitung der schulischen Lehrpläne zur deutsch-deutschen Geschichte!*

Frage: Wenn du heute auf den Juni 1953 zurückblickst, wo lagen die Schwerpunkte des Aufstandes, welche mutigen Akteure würdest du herausheben?

d a s aktuelle Interview

Antwort: *Ich habe mich erst später mit dem Tag beschäftigt. Persönlich kannte ich keinen der Aufständischen, aber die Bildaufnahmen von Menschen, die sich in Berlin den Panzern der Roten Armee entgegenstellten, sind beeindruckend. Es waren damals über eine Millionen Menschen gegen das SED-Regime auf die Straße gegangen, von Berlin, bis Bitterfeld, von Halle, Plauen bis Görlitz. Die ganze Tragik der Ereignisse wird einem bewusst, wenn man vor den Gräbern der Gefallenen und Hingerichteten des 17. Junis 1953 beispielsweise auf dem Berliner Friedhof Seestraße steht.*

Frage: Viele der damaligen Helden sind in ihrer Not in den Westen geflohen, sie sind der VOS beigetreten. Hätte die VOS nicht mehr tun müssen, um sie nach 70 Jahren noch einmal zu ehren?

Antwort: *Die VOS, bereits vor dem 17. Juni 1953, nämlich im Jahre 1950 gegründet, war das politische und gesellschaftliche Auffangbecken im Westen für die vom NKDW und später von der Mielke- Staatssicherheit Verfolgten. Man schätzte sich gegenseitig ob der überstandenen Verfolgung und des damit verbundenen Leids, doch für Ehrungen ist der Staat verantwortlich, nicht aber die Opferorganisation selbst. Und an dieser Stelle beginnen die Defizite der amtierenden Ampel- sowie der Vorgänger-Regierung unter Merkel! Selbstverständlich wurde in den vergangenen Jahrzehnten der eine oder andere Kamerad für seinen individuellen Kampf für demokratische Rechte, Freiheit und Wiedervereinigung offiziell geehrt. Umso trauriger, ja beschämender ist es, dass die amtierende Bundesregierung den 70. Gedenktag nicht genutzt hat, wenigstens eine unserer berechtigten und ihr längst bekannten Forderungen zu realisieren.*

Frage: Du selbst hast dich äußerst aktiv an den diesjährigen Gedenkveranstaltungen beteiligt. Kannst du uns einen Überblick geben, wo du gewesen bist?

Antwort: *Wohl aufgrund des Appells des Bundesvorstandes der VOS vom 12. Februar zum 70. Jahrestag →*

des Volksaufstands von 1953 in Mitteldeutschland, der an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und die 16 Ministerpräsidenten der Länder versandt worden ist, erhielten wir unverhofft diverse Einladungen aus dem politischen Berlin. Der Einladung zur Gedenkstunde in den Bundestag am 16. Juni konnte ich nicht Folge leisten, da wir in Düsseldorf als NRW- Landesvorstand bereits zwei Veranstaltungen geplant haben. Alljährlich seit 2017 am VOS-Gedenkstein in Düren und im Anschluss ein feierlicher Empfang durch den NRW- Landtagspräidenten Andre Kuper im Festsaal des Düsseldorfer Landtages. Am 17. Juni bin ich dann nach Berlin geeilt, um gemeinsam mit unserem Bundesvorsitzenden an der offiziellen Kranzniederlegung der Bundesregierung auf dem Urnenfriedhof an der Seestraße teilzunehmen. Am Nachmittag dann eine Begehung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen mit der Kulturstaatssekretärin Claudia Roth.

Frage: Hat dich eine Veranstaltung besonders beeindruckt?
Antwort: *Ja, Düren und der Empfang im Düsseldorfer Landtag waren besonders beeindruckend. In Düren aufgrund der interessierten Teilnahme von 2 Schulklassen aus städtischen Gymnasien, in Düsseldorf der warmherzige und ehrbezeugende persönliche Empfang durch den Landtagspräsidenten und dem Beauftragten der Landesregierung Heiko Hendriks.*

Frage: Konnten Dich die geladenen Zeitzeugen mit ihren Reden im Landtag hinreichend überzeugen?
Antwort: *Natürlich! Kamerad Peter Hippe mit über 80 Jahren berichtete eindrucksvoll über seine Erlebnisse als Elfjähriger in Halle, einem der Zentren des Arbeiteraufstandes. Auch der Vortrag von Dr. Bilke über den Streikführer Othma aus Bitterfeld und die Niederschlagung des Aufstandes waren beeindruckend.*

Frage: Wäre es nicht auch ein guter Gedanke gewesen, aus den vielen Berichten, die die Beteiligten am Volksaufstand in der Freiheitsglocke im Laufe von Jahrzehnten veröffentlicht haben, einige ausnehmend aussagekräftige herauszusuchen und sie von Absolventen der Leistungskurse Geschichte von daran interessierten Gymnasien vortragen zu lassen?
Antwort: *Durchaus! Ich gehe davon aus, dass in den über 800 FG-Ausgaben viele Berichte aus dieser bewegenden Zeit verewigt sind. Vielleicht kann man daraus eine Sonderausgabe erstellen und diese bspw. auch per Internet den Gymnasien und der Stiftung Aufarbeitung zugänglich machen.*

Frage: Was hast du aus den Gedenkfeiern für dich und für deine Arbeit als Zeitzeuge mitgenommen?
Antwort: *Der Kampf der Arbeiter 1953 in Mitteldeutschland für höhere Löhne, Freiheit, Demokratie und die Wiedervereinigung bleibt unvergessen! Sie und die Hunderttausende danach, die sich dem SED-Regime widersetzten, waren die Wegbereiter der Deutschen Einheit.*

Frage: Du bist, wie wir erfahren durften, mit den ranghöchsten Politikern des Landes bei den Gedenkfeiern unter einem Dach gewesen. Haben die Reden, die gehalten wurden, das 70 Jahre zurückliegende Ereignis genügend gewürdigt oder war es eher Pflichtrhetorik?
Antwort: *Auf dem Friedhof Seestraße in Berlin- Wedding waren am 17. Juni in der Tat die gesamte Staatsspitze und u.a. aber auch 66 % des Bundesvorstandes der VOS versammelt. Bundeskanzler Scholz hielt eine staatsmännische Rede zu Ehren der damals erschossenen und hingerichteten Freiheitskämpfer. Die guten Worte in die Vergangenheit gerichtet sind das eine, notwendige Taten für die noch Lebenden das andere ...*

Frage: Und du selbst, du konntest bei einigen Gedenkfeiern Reden halten. Welche Akzente hast du gesetzt?
Antwort: *Achtet auf und hütet ihr Spätgeborenen den Erhalt der Demokratie! Sie ist kein Geschenk und kein Naturgesetz, sondern muss beschützt und verteidigt werden gegen linksextreme und rechtsextreme Ideologien! Seid wachsam!*

„Die guten Worte in die Vergangenheit gerichtet sind das eine, notwendige Taten für die noch Lebenden das andere …“

Frage: Hättest du gern auch im Bundestag vor den Abgeordneten gesprochen?
Antwort: *Ja gern, wenn ich offiziell dazu aufgefordert worden wäre als Opfer des SED-Regimes und stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS.*

Frage: Was hättest du gesagt?
Antwort: *Ein Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie für die Mutigen und Entschlossenen muss sich lohnen, wenn die Demokratie wie hierzulande endlich 1989 gesamtdeutsch gesiegt hat! Hierzu sind von den Verantwortlichen in der Regierung nicht nur warme Worte, sondern zielführende und konstruktive Taten vonnöten. Sie sind bis heute, 34 Jahre nach der Wiedervereinigung, im Wesentlichen ausgeblieben! Tatsache ist, dass 34 Jahre nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes die Systemträger materiell besser gestellt sind als deren Opfer. Der ehemaligen Mauerschützenpartei wurde der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht Anfang der 2000er wegen der Streichung der Sonderrenten durch den gesamtdeutschen Bundestag stattgegeben. Den Anspruchsberichtigten gemäß Fremdrentengesetz – das sind alle freigekauften politischen Häftlinge und die vor dem 9. November 1989 in die Bundesrepublik Geflüchteten und Ausgereisten –jedoch nicht! Noch respektloser gegenüber den Petenten und für den Staat unwürdig ist die seit fünf Jahren nicht beantwortete diesbezügliche Beschwerde-Petition der UOKG, der IEDF und der VOS seitens des Petitionsausschusses des Bundestages. 736 Bundestagsabgeordnete, die sich jährlich automatisch einen Inflationsausgleich auf ihre nicht gerade niedrigen Bezüge gönnen, haben es in über fünf Jahren nicht geschafft, den Beschwerdeführern der Executive eine für uns Betroffene zufriedenstellende Lösung vorzuschlagen! So geht man einfach nicht mit den Wegbereitern der Einheit Deutschlands um.*

Frage: Auf mehreren Fotos, die du übermittelt hast, bist du in Berlin mit einem deutlich sichtbaren Protestschild im Namen der SED-Opfer zu sehen?
Antwort: *Ja, ich habe es vor meiner Gedenkreise nach Berlin zu Hause angefertigt und es unter dem Jackett auf den Friedhof Seestraße geschmuggelt.* →

Frage: Wir hatten in der Bundesvorstandssitzung über eine derartige Aktion gesprochen. War das der Auslöser für deinen Auftritt?

Antwort: *Letzten Endes ja. Wir haben darüber diskutiert, wie wir aus dem Schatten der Nichtbeachtung für unsere Forderungen heraustreten könnten, indem wir bei den offiziellen Gedenkveranstaltungen entweder Flyer verteilen oder den anwesenden Politikern ein Plakat vor die Nase halten wollten. Ich hatte mich im Stillen für letztere Aktion entschieden und sie vor dem Bundespräsidenten durchziehen können...*

Frage: Du hast diese Aktion, wie man auf den Fotos sehen kann, ganz allein bestritten. Hättest du dir dabei mehr Unterstützung von Deinen Kameraden gewünscht?

Antwort: *Ja, in diesem Falle wäre „Mehr“ besser gewesen! Aber wie sollte man das koordinieren? Die Einladungen zu dieser Veranstaltung waren handverlesen. So war es wenigstens eine gelungene Einzelüberraschung ...*

Frage: Der Bundespräsident lief im Abstand von ein oder zwei Metern an dir vorbei. Wie hat er reagiert?

Antwort: *Kühl und unbeeindruckt! Genauso wie von den unzähligen Briefen, die wir gemeinsam mit der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge“ bereits erfolglos an ihn adressiert haben.*

Frage: Man konnte auf den Fotos sehen: Der Bundespräsident war von einer Schar an schwergewichtigen Sicherheitsleuten umgeben. Es ist sicher schon vorgekommen, dass unliebsame Gäste aufgrund solch einer Aktion vertrieben wurden. Wer hatte mehr Angst, du oder die Sicherheitsleute?

Antwort: *Wohl eher die Bodyguards! Vielleicht witterten sie hinter dem Plakat eine Gefahr für den BP. Jedenfalls kehrte deren Boss kurz darauf zu mir zurück und drohte mit einem Platzverweis, wenn ich nicht unverzüglich das Plakat einrollen sollte. Ich gehorchte artig. Der Tonfall dieser strikten Anordnung jedoch rief bei mir irgendwie komische Erinnerungen hervor ...*

Frage: Mit diesem mutigen Auftritt hast Du die VOS in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt.

Antwort: *Das war meine Absicht, denn wir haben keine andere Wahl. Wir werden mit unseren Forderungen nicht mehr wahrgenommen. Während die Pressesprecher der sogenannten „Klimakleber-Aktivisten“ von Anne Will ins Fernsehstudio eingeladen werden, haben wir als älteste SED-Opferorganisation noch nie eine Einladung zu einer politischen Talkshow erhalten! Dabei hätten sich dieser 70. Gedenktag oder zuvor der 60. Jahrestag des Mauerbaus dafür bestens geeignet! Auch unser Appell zum 70. Gedenktag an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und die 16 Ministerpräsidenten blieb im Wesentlichen ohne konstruktives Echo.*

Frage: Du hast in großen Lettern aufgefordert, endlich die Situation der SED-Opfer zu verbessern. Hat jemand aus der Politik oder den Medien davon Notiz genommen?

Antwort: *Konkret zum 17. Juni Seestraße, aber auch allgemein leider nein! Aus der Politik nur vage Andeutungen aus den Ländern (MP Kretschmer und Wüst), jedoch nach wie vor dröhnendes Schweigen aus Berlin. Bei den Koalitionsverhandlungen zur Ampel wurden unsere Wahlprüfsteine einfach unter den Tisch gefegt! Und die nationale Presse, selbst die NZZ aus der Schweiz fühlen sich wohl immer noch an den Kanzleramts- bzw. Merkel-Ukas gebunden, die Forderungen der VOS totzuschweigen. Unsere diesbezüglichen Briefe aus 2022/23 an die FAZ, die SZ, den Münchner Merkur, die Rheinische Post und die schweizerische NZZ blieben einfach unbeantwortet! Was ist das nur für ein schrecklich feiger, ja höfischer Journalismus?*

Frage: Bekanntlich haben Wolfgang Mayer und andere Kameraden wochenlang vor dem Schloss Bellevue des Bundespräsidenten in Berlin Mahnwachen gehalten. Und Kamerad Knöchel demonstrierte 1987 zum Honecker-Besuch in Bonn mit einem Plakat mit dem Inhalt „Zuviel Ehre für einen Gefängnisdirektor“. Zur gleichen Zeit drängelte sich drinnen die politische Elite der Bundesrepublik, um dem Staatschef der DDR die Hand schütteln zu dürfen. War das nicht ein Ausdruck von Stärke und Entschlossenheit, zu denen wir als VOS zurückkehren sollten? Oder gegenteilig gefragt: Bleibt uns als SED-Opfern keine andere Möglichkeit des Protestes, als bei den Politikern in Schriftform um Almosen zu betteln?

Antwort: *Unsere Plakat-Aktion auf dem Gedenkfriedhof an der Berliner Seestraße ist die natürliche Fortsetzung der früheren, medial sehr wirkungsvollen Aktionen der Kameraden Knöchel und Mayer. Wir müssen, wenn wir nicht aufgeben wollen, uns solcher Aktionen auch zukünftig verstärkt bedienen, um endlich gehört zu werden. Ein neuer, für uns akuter Anlass hierzu bahnt sich aktuell bei der CDU an, nämlich die interne opportunistische Forderung, zukünftig mit der Partei „Die Linke“, der ehemaligen Mauerschützen-Partei, zu koalieren. Wir als letzte Opfer dieser schrecklichen Partei werden wachsam sein und uns zu artikulieren wissen, denn Aufgeben war noch nie unsere Sache!*

Lieber Kamerad Felix-Heinz, der Redakteur dankt dir im Namen der Leserinnen und Leser der Freiheitsglocke für dieses aufschlussreiche Gespräch.

Volksaufstand und westliche Ringelsocken brachten ihn in den Knast

Siegfried und Regina Keil halten beeindruckenden Vortrag am Gymnasium in Westerburg

Auf großes Interesse stieß der Zeitzeugen-Vortrag von Siegfried Keil, der gemeinsam mit seiner Frau Regina am 17. Juni in das Konrad-Adenauer-Gymnasium in Westerburg (Region Westerwald) eingeladen war.

Siegfried Keil, der inzwischen 86 Jahre ist, sprach vor etwa 120 Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen 10, 11 und 12 über die gesellschaftlichen Verhältnisse in den 1950er und 1960er Jahren. Er gehört zu jener Generation, die an den Volksaufstand vom Juni 1953 noch bewusste Erinnerungen und selbst an den Massendemonstrationen teilgenommen haben. Damals, 17-jährig, war Siegfried Keil Lehrling in den Merseburger Leuna-Werken, er wurde von Arbeitskollegen zu den Demonstrationen mitgenommen und beteiligte sich auch außerhalb des Werkes an den Massenprotesten. Es ging zunächst um die Absetzung der Werkleitung, die lediglich die Befehle der sowjetischen Besatzer ausführten. Nachdem der Aufstand niedergeschlagen und die Hoffnungen auf Demokratie, Freiheit und die Wiedervereinigung Deutschlands vorerst erstickt waren, wurde Siegfried Keil vom Ministerium für Staatssicherheit festgenommen. Man warf ihm nicht nur die Teilnahme an den Massendemonstrationen vor, sondern er erfuhr, dass der Stasi bereits andere Informationen über unerlaubte Handlungen vorlagen. Da in jener Zeit die Grenze nach West-Berlin noch durchlässig war, hatte Siegfried Keil mit Gleichaltrigen einen „Ausflug“ in die „Frontstadt“ unternommen. In West-Berlin hatte er Kleidungsstücke erworben und in die DDR geschmuggelt, die im Arbeiter- und Bauernstaat als unerwünscht und Beleg für eine westliche Einstellung galten. Dazu gehörten damals vor allem Jeans oder Nylonhemden. Siegfried Keil wurde der Kauf von sogenannten Ringelsocken vorgeworfen. So absurd das heute anmutet, war es damals ein Delikt, das ausreichte, um eine Bestrafung einzuleiten. Wer es freilich nicht mehr wissen sollte: Beim Halt der S-Bahnen an der Station Griebnitzsee spielten sich bis zum 12. August 1961 wahrhaft tragische Szenen ab. Die Grenzposten gingen zum Zweck der Ausweiskontrolle durch den Zug, zugleich wurde nach Gepäckstücken gesucht, in

denen westliches Einkaufsgut in die DDR geschmuggelt werden sollte. Fand man solche Sachen, wurden die betroffenen Fahrgäste aus der Bahn geholt und namentlich erfasst. Bei schweren Verstößen führte man sie dem MfS direkt zu, ansonsten kam die Disziplinierung später. Dass die Einkäufe beschlagnahmt wurden, muss nicht extra erwähnt werden.

Für Siegfried Keil kam es dann richtig schlimm. Er erhielt eine Verurteilung zu eineinhalb Jahren Arbeitslager und musste im Kupfererzbergwerk in Stollen von 80 cm Höhe unzumutbare Schwerstarbeit verrichten. Die schlechte Verpflegung und die Unterbringung in dünnwandigen Baracken schädigten seinen Körper langfristig. Umso anerkennenswerter ist es, dass er heute die Kraft findet, vor jungen Menschen über sein Schicksal zu sprechen und der Verharmlosung des Zwangsregimes entgegenzuwirken. Die Schülerinnen und Schülern, auch die anwesenden Lehrkräfte, waren beeindruckt und hatten in der Tat Mühe, sich die damaligen Verhältnisse vorzustellen. Und gerade deshalb war es wichtig, dass jemand so authentisch überzeugend davon berichten konnte.

Zur Tragik des Schicksals gehört freilich auch der Umgang mit der Rehabilitierung nach dem Mauerfall. Man weiß inzwischen, dass in den Ämtern, die Anträge bearbeiteten, entweder ehemalige DDR-Kader oder zugereiste Wessi-Leute saßen. Beide Kategorien taten sich schwer, die Schicksale, die in ausgefüllte Formulare gepresst oder in persönlichen Beschreibungen auf ihren Schreibtischen lagen, als Wahrheit anzuerkennen. Die einen wollten es nicht, die anderen fanden keinen Zugang. Siegfried Keil musste lange um seine Anerkennung kämpfen. Das Fazit der Veranstaltung ist naheliegend: Für die Jugendlichen brauchen wir viele solcher Vorträge, und dies schnell und unkompliziert, denn die Lebenszeit der Zeitzeugen ist nicht unbegrenzt. Für die Betroffenen selbst sei noch mal eine kurzfristige, wirksame Besserung der sozialen Leistung – und dies bitte nicht aus dem Almosentopf – angemahnt.

Der Dank der VOS geht an das Gymnasium in Westerburg und natürlich auch an unseren Kameraden Siegfried Keil und dessen Frau. Verbindung halten ist wichtiger denn je.

Valerie Bosse, Foto: privat

Weitere ausführliche Informationen und Fotos auf der Web-Seite www.kag-westerburg.de

Den Volksaufstand hinter Gittern erlebt – und doch ein Zeitzeuge

Felix Heinz Holtschke liest bei Gedenkfeier in Düren Passagen aus Jochen Sterns Buch

Sehr unterschiedlich gestaltete sich die Erinnerungskultur an den Volksaufstand vom Juni 1953 in den Alten Bundesländern. Während in den meisten Kommunen und Kreisen fast gar nicht des historischen Datums gedacht wurde, gab es in NRW einige wahre Höhepunkte, die durch die Initiative des Landesverbandes und des Landesbeauftragten Heiko Hendriks entstanden. Dabei sind die Veranstaltungen im Landtagsgebäude Düsseldorf sowie das Gedenken am Ehrenmal der Stadt Düren hervorzuheben.

In Düren waren Heiko Hendriks als Beauftragter der NRW-Landesregierung, der Landrat Wolfgang Spelthahn, der amtierende Bürgermeister der Stadt Frank Ullrich, dessen Vorgänger Paul Larue und mehrere Kameradinnen und Kameraden der VOS erschienen. Auch die Fraktionen des Stadtrates schickten Vertreter. Erfreulich die Teilnahme von Schulklassen der Gymnasien der Stadt, die ein besonderes Engagement zeigten, indem ein Leistungskurs des Fachs Geschichte bei der Aufarbeitung der Ereignisse des Junis 1953 die zunehmend an Bedeutung gewinnende Künstliche Intelligenz (kurz KI) verwendete. Dadurch entstand ein Vortrag, der zunächst auf Fakten, die im Internet gesammelt wurden, aufbaute und anschließend von den Schülerinnen und Schülern überprüft und noch einmal aufbereitet wurde. Rückblickend kann man von einer geschichtsträchtigen und würdigen Gedenkfeier sprechen, bei welcher der mit Kränzen und Blumengebinden geschmückte Gedenkstein für die Opfer des Volksaufstandes einen wichtigen zentralen Platz gefunden hatte.

Für unseren Verband hielt der Landesvorsitzende Felix Heinz Holtschke eine Rede, in der er auf die Grausamkeiten der Diktatur hinwies, die sich nur mit Panzern und Schusswaffen gegen eine nach Demokratie strebende Massenbewegung wehren konnte. Die Rede des Landesvorsitzenden der VOS fand bei den Anwesenden Anklang und Beachtung, sie ist nachstehend zu lesen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ullrich, sehr geehrter Herr Ex-Bürgermeister Larue, sehr geehrter Herr Hendriks, sehr geehrter Herr Landrat Spelthahn, sehr geehrte Vertreter der Parteien im Dürener Rathaus, vor allem liebe Schüler der Dürener Gymnasien und begleitende Lehrer, sehr geehrte Vertreter der Presse und nicht zuletzt liebe Kameraden der VOS.

Heute ist ein bedeutender Tag für uns alle, denn vor 70 Jahren wurde deutsche Geschichte geschrieben. Deshalb haben wir uns hier und heute an diesem Gedenkstein der ältesten SED-Opferorganisation VOS versammelt, den unsere Kameraden zu Ehren ihrer mutigen Kameraden aus Mitteldeutschland vom 17. Juni einst hier aufgestellt haben.

Erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges haben sich die Menschen im östlichen, von der Sozialistischen Einheitspartei regierten Teil Deutschlands, gegen die kommunistischen Machthaber und Unterdrücker erhoben. Waren es anfangs nur Forderungen zur Rücknahme von unerträglichen Arbeitsnormen auf den Baustellen und Betrieben im Lande, so erklang alsbald der Ruf nach Einheit des geteilten Vaterlandes.

Der Aufstand wurde von der Roten Armee und den Schergen der DDR-Staatssicherheit blutig niedergeschlagen. Danach wütete die sozialistische Strafjustiz unter Justizministerin Hilde Benjamin. Sieben Todesurteile wurden ausgesprochen und teils – wie zehn Jahre zuvor die Geschwister Scholl – per Guillotine vollstreckt. Weit über 50 Menschenleben waren unter den Aufständischen selbst zu beklagen.

Vor 70 Jahren war ich gerade einmal drei Jahre alt, kann daher persönlich darüber nur aus den Geschichtsbüchern berichten. Mein Stellvertreter hier in NRW, der seit über 33 Jahre hier lebende Peter Hippe, war damals immerhin schon elf Jahre alt und wird gleich über seine damaligen dramatischen Eindrücke berichten.

Wir von der VOS haben lange nach einem noch lebenden, authentischen Zeitzeugen gesucht, der aktiv am Volksaufstand teilgenommen hat. Wir konnten einen finden, der ihn wenigstens aus einer besonderen Perspektive wahrgenommen hat, der unsere Einladung hierher wegen anderweitigen Verpflichtungen jedoch nicht nachkommen konnte.

→ *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite*

Sein Name ist Jochen Stern, er ist Jahrgang 1928, d. h. unser Kamerad wird – so Gott will – am 10. September 95 Jahre alt. Er war, als der Sturm in der Berliner Stalinallee am 17. Juni losbrach und im Laufe des Tages ganz Mitteldeutschland erfasste, 25 Jahre alt.

Jochen Stern, wurde 1947 in Frankfurt an der Oder, seiner Geburtsstadt, durch das NKDW, dem Russischen Geheimdienst, verhaftet und in die berüchtigte Untersuchungshaftanstalt Lindenstraße Potsdam verbracht, danach zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und zum Strafvollzug nach Bautzen verschleppt. Dort erlebte er – und zwar hinter Gittern – den Volksaufstand, der auch Bautzen erreicht hatte. In einem seiner Bücher mit dem Titel *Von Mimen und anderen Menschen* beschreibt er seine ersten Wahrnehmungen. Mitte Januar 1954 wurde Jochen Stern im Rahmen einer Amnestie aus der Haft entlassen und in den Westen abgeschoben.

Die vor 70 Jahren von mutigen Patrioten entzündete Flamme der Freiheit, der Selbstbestimmung und der Einheit Deutschlands ist danach nie ganz erloschen und entfaltete 36 Jahre später, nämlich am 9. November 1989 mit dem Zusammenbruch der Berliner Mauer endlich ihre volle Strahlkraft. Hunderttausende politischen Häftlinge in den DDR-Haftanstalten, die Republikflüchtlinge und Ausreiseantragsteller sowie letztendlich die Demonstranten der Friedlichen Revolution von 1989 auf den Straßen von Leipzig, Dresden, Berlin, Plauen und anderswo haben durch ihren mutigen Kampf gegen die Unfreiheit den Weg zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes geebnet. Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus, die vom Ministerium für Staatssicherheit als Operativer Vorgang unter dem Namen „Pest“ verfolgt und zersetzt werden sollte, appellierte Anfang des Jahres daher an die führenden Repräsentanten und Politiker unseres Landes, diesen herausragenden Tag der Deutschen Geschichte gemeinsam mit den noch lebenden Opfern des SED-Regimes in Würde und Dankbarkeit öffentlich zu begehen. Wir hier tun es. Doch das Echo auf diesen Appell des Bundesvorstandes aus der Hauptstadt Berlin und den übrigen 15 Bundesländern war mehr als bescheiden.

Auch wenn diese Tatsache die letzten noch lebenden Patrioten und Kämpfer für das wiedervereinte und demokratische Deutschland frustriert, so richten wir trotzdem die Botschaft an die hier und heute in ganz Deutschland versammelte Jugend, die Demokratie mutig und unerschrocken wie ihren Augapfel zu hüten, damit IHR die schlimmen Erfahrungen einer braunen oder roten Diktatur nie erleben müsst wie wir von der VOS.

Felix Heinz Holtschke
Landesvors. d. VOS in NRW

Anm.: Eingebettet in seinen Vortrag, las Kamerad Holtschke einige Passagen aus dem Buch von Jochen Stern vor, um vor allem den Jugendlichen vor Augen zu führen, was finstere Kerkerhaft damals mit und aus den Menschen machte und wie sie nach der Entlassung mit der Freiheit umgingen.

Bundesvorstand und Redakteur danken der Stadt Düren, insonderheit Herrn Bürgermeister Ulrich (Foto), Herrn Hendriks und den Fachlehrern der Gymnasien für diese Veranstaltung.

Abriss oder Umbau zum Erinnern?

Wie geht man in Neubrandenburg mit bestimmten Gebäuden Arealen um?

Der nachstehende Leserbrief ist anonym eingesandt worden, er ist dennoch glaubhaft und vor allem aufschlussreich. Der Aussage nach handelt es sich um einen ehemaligen Wachbeamten des Ministeriums für Staatssicherheit, der in jungen Jahren für das Organ angeworben wurde.

✉ Die Stadt Neubrandenburg und die Hochschule nehmen eine Digitalisierung der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS vor und wollen die ersten Ergebnisse im Herbst 2023 präsentieren. Was wird tatsächlich damit verfolgt? Die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung und im Denkmalschutzamt von MVP haben doch immer wieder betont, das Areal hätte keinen Denkmalswert, da es nach 1990 angeblich stark umgebaut wurde, was von Zeitzeugen dementiert wird. Diese sprechen von 70 bis 80 % Authentizität. Warum engagieren sich oben genannte Akteure erst jetzt, wo es die Zeitzeugen und die VOS schon lange tun? Warum berichtet die Stadt erst jetzt, dass sie mit der Digitalisierung im Mai 2023 begonnen hat? Soll mit der Digitalisierung die Voraussetzung zum Abriss geschaffen werden? Woher kommt jetzt das Geld für die Digitalisierung? Welche Zeitzeugen wurden beteiligt?

Nach meinem Wissensstand sucht die VOS auch nach ehemaligem Wachpersonal. Vielleicht hätte ich gesprochen, wenn man mich informiert hätte (gemeint ist offensichtlich die Stadtverwaltung – d. Red.) Ich danke aber den Akteuren der VOS, dass diese mit mir sprachen. Sie haben eine Toleranz gegen damals Andersdenkenden bewiesen, die heute vielen fehlt.

Unterzeichnet mit: *Müller, Unterfeldwebel im Neubrandenburger Wachregiment Feliks Dzierzynski. Schließer in der MfS- UHA.*

Eine Frage: *Macht es für die Leser und SED-Opfer Sinn, solche Beiträge zu veröffentlichen?*

Gedenken nach 70 Jahren

Bürgermeister Staub weiht Tafel ein

Eine neue Gedenktafel zum 70. Jahrestag am 17. Juni wurde endlich in der Lutherstadt Eisleben eingeweiht. Prominent am Marktplatz, gleich neben der Touristen Information, hat Bürgermeister Carsten Staub (Foto) am 17. Juni 2023 in der Lutherstadt eine neue Gedenktafel vorgestellt. Über einen Barcode können Besucher und Touristen wichtige Informationen über den 17. Juni 1953 erfahren. Die Ortsgruppe der VOS Mansfelder Land, vertreten durch Dieter Wendt und Michael Teupel, gedachte der Opfer des Volksaufstand mit einem Kranz.

Die Veranstaltung wurde teilweise vom MDR- Fernsehen übertragen und von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Eisleben besucht. *M. Teupel / D. Wendt*

Widerstand in der Diktatur ist keine Privatsache!

Die Folgen des Mutes sind oft unabsehbar

Die politisch verfolgten Menschen sollten weltweit als demokratische Elite angesehen werden, denn sie nehmen für ihre freie, mutige Meinungsäußerung bewusst Nachteile in Kauf, die oft genug unabsehbare Folgen für sie selbst haben, während sich gerade in Diktaturen Menschen oft politisch anpassen und zu Mitläufern werden. Schauen wir auf Deutschland: Auch mehr als 30 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur leiden immer noch Menschen an den Folgen der politischen Verfolgung und des von ihnen geleisteten Widerstands. Physische und psychische Folter, Zersetzung der Persönlichkeit aber auch Stigmatisierungen im Alltag haben oftmals Gesundheitsschäden und Traumatisierungen verursacht und wirken bis heute fort. Vor allem, wenn die Gesellschaft bis heute nicht das erlittene Unrecht und das Leid anerkennt und Unwissenheit in den Amtsstuben herrscht.

Am 29.Juni 2023 organisierte die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur einen interessanten Vortrag „Der lange Schatten der Diktatur. Posttraumatische Belastungen nach politischer Verfolgung.“ Es wurde von Tamina Kutscher moderiert. Im Podium diskutierten Dr. Karl-Heinz Bomberg, Prof. Dr. Jörg Frommer, Dr. Stefan Trobisch-Lütge. *André Rohloff*

Mit Putin hätte die 1989er Revolution wie im Juni 1953 geendet

Der Moskauer Kreml und die alten Stasi-Kader

Dass in Deutschland eine Verherrlichung des Stalinismus und die Verwendung der Symbole der roten SED-Diktatur sowie die der Sowjetunion oder dem heutigen Russland, wie z. B. die Nutzung des „Z“ auf prorussischen Veranstaltungen, möglich ist, ist schon schlimm genug. Noch schlimmer ist dann, dass Wagenknecht und Co., einige Parteien und deren Sympathisanten als angeblich seriöse Russland-Kenner unermüdlich daran arbeiten, die Ursachen des Angriffskrieges Russlands gegen die nach Freiheit strebende Ukraine dem Westen anzulasten. Sie ignorieren zudem bewusst, dass Wladimir Putin seine Macht im riesigen russischen Reich nur noch mit faschistischen Methoden halten kann. Putin höchstpersönlich und seine ihn umgebende Machtclique sind in Wahrheit die Faschisten, die mit einem rücksichtslosen Großmachtanspruch all ihre kleineren Nachbarländer bedrohen, und nicht der Präsident der Ukraine, der im Übrigen durch eine freie Wahl Regierungschef geworden ist. Ein unerträglicher Zustand aber ist, dass 35 Jahre nach dem Mauerfall ehemalige Stasi-Leute mit russischen „Sicherheitskräften“ ungestört enge Kontakte pflegen können, sich gegenseitig Medaillen verleihen und dem Kreml auch noch eine Fahne mit guten Wünschen für die russischen Truppen in der Ostukraine übergeben. Dies kann man bei Bedarf im Internet oder anderen Medien nachlesen.

Zweifellos leiten sich daraus einige Fragen nach dem Zweck der Verbindung zwischen den ehemaligen Stasi-Leuten und den russischen Imperialisten ab. Harmlose Traditionspflege dürfte es wohl nicht sein, eher eine Kampfreserve Putins. Wer sonst kann bestens geschult speziell dessen Lügenpropaganda mit dialektischen Methoden für eine Gehirnwäsche in Deutschland missbrauchen? Nicht umsonst lobt Moskau die immer noch zuverlässige alte Stasi-Riege. Die Ehrungen, die hohe Stasi-Leute bis zuletzt durch die Machthaber im Kreml erfuhren, sind Beleg für die Verbundenheit bis in den Tod.

Wer nun immer noch glaubt, dass die Ukraine vom Faschismus befreit werden müsse, der Westen diesen Krieg auch noch verursacht hätte und keine Waffen (zur Verteidigung gegen die russischen Besatzer) geliefert werden dürfen, dem sollte bewusst sein, dass aus Sicht dieser ewig gestrigen Stasi-Leute und der heutigen russischen Machtelite in Putins Machtkreis die 1989er Revolution nichts anderes als ein vom Westen gesteuerter faschistischer Putsch, eine Konterrevolution – wie am 17. Juni 1953 – war. Dieser und weitere „Putsche“ im gesamten sowjetischen Einflussbereich wären von Putin ebenfalls blutig niedergeschlagen worden. Die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten gäbe es dann als Großrussisches Reich, und die Teilung Deutschlands wäre insofern überwunden, als wir eine gesamtdeutsche sozialistische Republik hätten, in der der inzwischen 86 Jahre *junge* Egon Krenz als altgedienter Staatsratsvorsitzender gemeinsam mit Putin den Überfall auf Frankreich und die anderen EU-Staaten vorbereiten würde. *Christian T. Reitmaier*

Gedanken, Gedenken und Gebete. Blumen, Kränze, Trommelwirbel

In Malchow wird noch einmal der Opfer und des Widerstands vom Juni 1953 gedacht

Trotz der überall beklagten Altersstruktur fand auch in diesem Jahr in Malchow (MVP) eine würdige Gedenkfeier zu Ehren der Opfer des Volksaufstandes vom Juni 1953 statt. Vertreten waren die Politiker der führenden kommunalen Parteien, der Pfarrer und ein Schulsprecher des örtlichen Gymnasiums.

Für die VOS nahm die Stellvertreterin im Bundesvorstand May-Brit Krüger (Foto) teil. Sie hielt vor den Besuchern eine inhaltvolle Rede.

Lesen Sie nachstehend, was uns Kamerad Reinhard Klaus aus dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft berichtet.

Erstmals reiste – aus Altersgründen – kein überlebender Zeitzeuge an. Und erstmals lag die Vorbereitung der Veranstaltung beim Amt des Malchower Bürgermeisters René Putzar. Er sprach Grußworte und dankte den Eheleuten Horst und Jutta Vau für deren vorangegangene achtjährige Organisation der Gedenken.

Grußworte folgten von May-Britt Krüger (stellv. Bundesvorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus) und unserem Vorsitzenden, Joachim Krüger.

Eine Gruppe des Heeresmusikkorps Neubrandenburg umrahmte hochprofessionell mit berührenden Musikstücken die Veranstaltung. Als Vertreter der Stadt Malchow waren zugegen Elke-Anette Schmidt (Zweite Vizepräsidentin des Landtages, Die LINKE), Hans-Peter Weiß (Fraktionsvorsitzender der FDP), Joachim Stein (Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90 / Die Grünen) und der CDU- Vorsitzende des Ortsverbandes Michael Meyer.

Die Gedenkrede hielt Anne Drescher, die nach zehn Jahren aus dem Amt der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in MV scheidet. Christian Völcker vertrat die Schülerschaft der Malchower Fleesenseeschule mit sehr würdigen Worten.

Später folgten die Gedanken und die Gebete des Malchower Pastors Eckard Kändler, ehe unter Trommelwirbel Kränze und Blumen am Gedenkort Gartenstraße 19 niedergelegt wurden und abschließend die Nationalhymne erklang.

In diesem Jahr wurden nicht die durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD umgekommenen Malchower Jugendlichen durch Verlesen ihrer Namen hervorgehoben. Verständlich, denn auch die Überlebenden verloren unter unsäglichen Qualen ihre Jugendzeit und ihre Freiheit.

Unseren Kranz legten wir daher unter die Fotos der 2023 verstorbenen Kameraden Jakob Bittermann (99 ½ Monate in Haft) und Rolf Schröder (62 1/2 Monate inhaftiert).

Die neuen Betreiber der Ferien-Villa „Blanck“ (eines damaligen NKWD-Stützpunktes) distanzieren sich leider konsequent von der Gedenkveranstaltung und bezeugen damit peinliche Ignoranz gegenüber einer schrecklichen Epoche deutscher Geschichte.

So gab es einen stärkenden Imbiss nicht in deren Hof, sondern in der nahen „Werleburg“.

Text und Fotos: Reinhard Klaus
(Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft)

Ein außergewöhnlicher, starker Mitstreiter

Zum Tod von Hans Schwenke

Es war längst still um ihn geworden, und das passte so gar nicht zu ihm. Hans Schwenke war ein engagierter, stets einsatzbereiter, unruhiger Mensch, der Ziele hatte und sich für vieles einsetzte. Sowohl versuchte er Einzelnen zu helfen wie er in den 1990er Jahren gemeinsam mit der VOS-Führung um die Einheit der Opferverbände in einem unbürokratischen Verbund rang. Nicht zuletzt war es die VOS selbst gewesen, die in ihrem Übereifer am Stuhl der Einheit ganz heftig gesägt hatte, so dass er umfiel. Das ist lange her. Die VOS ist fortan weiter ihren eigenen Weg gegangen. Der BSV, seinerzeit regional sehr stark aktiv und besetzt, wurde schwächer.

Hans Schwenke selbst hat ein bewegtes Leben hinter sich. Mit dem Auf und Ab, dem mehrfachen Parteienwechsel – er war früh in die SED eingetreten, verließ sie jedoch 1981 aus eigenem Willen – machte er es sich selbst schwer, zumal er aktiv zum Sturz des SED-Regimes beigetragen und die Vernichtung der MfS-Akten mit verhindert hatte.

Er starb nach Vollendung des 89. Lebensjahres nach schwerer Erkrankung. In Erinnerung wird er uns als ein starkes Stück des Widerstands und als Triebkraft der Aufarbeitung des Unrechts bleiben.

Bundesvorstand, Redakteur

Die Erinnerung tut immer noch weh, und doch ist sie (bitter) notwendig

Feierliches Gedenken mit Kranzniederlegung und Filmvorführung in Geithain

Aus Anlass des 70. Jahrestages des Volksaufstandes vom Juni 1953 hatte der Geithainer Heimatverein e.V. – auch im Namen von Herrn Oberbürgermeister Frank Rudolph – am Sonnabend, den 17. Juni um 10.00 Uhr am Gedenkstein für Eberhard von Cancrin gegenüber seinem damaligen Wohnhaus in der Geithainer Bahnhofstraße 2 zu einer Gedenkstunde mit Kranzniederlegung eingeladen. Eberhard von Cancrin, Arbeiter in Espenhain, war im Juni 1953 erst von der Staatssicherheit festgenommen und dann von russischen Soldaten erschossen worden. Es war eine feierliche Gedenkveranstaltung für die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, mit dabei war auch der Oberbürgermeister der einstigen Kreisstadt Geithain (jetzt Landkreis Leipzig).

Der Geithainer Heimatverein, der sich seit vielen Jahren um die Ausrichtung der Gedenkfeier kümmert, hatte mich als Redner für die diesjährige Gedenkveranstaltung eingeladen. (Ich habe während meiner Kindheit und Jugend im Kreis Geithain gewohnt und dort die monatlich erscheinende Untergrund-Zeitschrift *Namenlos* [März 1985 - Mai 1987] verbreitet.) Anschließend wurde im Geithainer Heimatmuseum der Film „Cancrin – eine Geschichte des 17. Juni 1953“ uraufgeführt.

Bei der feierlichen Gedenkveranstaltung für die Opfer des Volksaufstandes vom 17. Juni gedachten dann ca. 40 Bürger der Opfer stalinistischer Gewalt und der Ermordung des Geithainer Arbeiters Eberhard von Cancrin vor 70 Jahren am Gedenkstein für Eberhard von Cancrin. Anwesend waren auch die beiden Töchter von Eberhard und Ruth von Cancrin, Gabriele mit Ehemann Siegfried Martin sowie Christine von Cancrin und Oberbürgermeister Frank Rudolph.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Geithainer Heimatvereins Bernd Richter erinnerte der Historiker Rainer Müller aus Benndorf, heute Leipzig, an die Ereignisse vor 70 Jahren. In den 1980er Jahren gehörte er zur Bürgerrechtsbewegung und zum organisierten Widerstand in der DDR, er arbeitete in verschiedenen Bürgerrechtsgruppen mit, so auch in der Arbeitsgruppe Menschenrechte. Heute ist er Mitglied der Vereinigung der Opfer des Stalinismus.

Danach legten die Familienmitglieder von Cancrin, Oberbürgermeister Frank Rudolph, Rainer Müller und Bernd Richter Blumengebinde am Gedenkstein für Eberhard von Cancrin nieder. Musikalisch umrahmt wurde das feierliche Gedenken von Mitgliedern des Geithainer Musikvereins, denen hiermit der besondere Dank gilt. Anschließend begaben sich die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung in das Heimatmuseum zur Uraufführung des Filmes „Cancrin – eine Geschichte des 17. Juni 1953“. Zugegen waren die beiden Töchter Eberhard von Cancrins, die darin auch zu Wort kommen. In diesem zweiten, neuen Dokumentarfilm des schwedischen Autors Alberto Herskovits und des Bürgerrechtlers Hartmut Rüffert als Produzent spricht Ruth von Cancrin in Aufnahmen aus dem Jahr 1990 in bewegenden Bildern, insbesondere über die Tage nach dem 17. Juni, in denen die Familie kein Lebenszeichen von ihrem Ehemann und Vater bekam. Erst am 8. August 1953 erhielt Frau von Cancrin die amtliche Nachricht, dass ihr Mann am 18. Juni 1953 verstorben sei und die Urne mit seiner Asche abgeholt werden könne. Laut Sterbeurkunde ist er „am 18. Juni 1953 zu unbekannter Stunde in Leipzig verstorben“. Diese Urkunde wurde allerdings erst am 18. August ausgestellt. Im Einäscherungsbuch des Krematoriums ist „Herzversagen“ angegeben. Von der Erschießung auf der Espenhainer Kippe wurde nie gesprochen. Für die Urnenbeisetzung auf dem Geithainer Friedhof waren offiziell nur 15 Personen zugelassen – davon ließen sich jedoch die 75 teilnehmenden Personen nicht abhalten. Insbesondere in den Tagen nach dem Verschwinden von Eberhard von Cancrin erhielt die Familie große Unterstützung aus der Geithainer Bevölkerung.

Alle Teilnehmer dieser Filmvorführung zeigten sich sehr betroffen über die Worte Ruth von Cancrins. Sie werden uns immer in Erinnerung bleiben und Mahnung an künftige Generationen sein.

Bernd Richter
Geithainer Heimatverein e.V."
Übermittelt von Rainer Müller
https://www.dissidenten.eu/laender/deutschland-ddr/biografien/ rainer-mueller/rainer-mueller-teil-1/

Foto (© Andreas Kalus**):**
v. l. vorn: Siegfried Martin, Gabriele Martin, Christine von Cancrin, hinten: Rainer Müller, Hartmut Rüffert, Alberto Herskovits, Dietmar Matzke.

Mit Mut und Unerschrockenheit die Kulturszene der DDR hinterfragt

Dem kompetenten Kritiker und Literaten Andreas Mytze wird heute zu wenig Beachtung geschenkt

Andreas Mytze habe ich auf eine merkwürdige Weise kennen gelernt. Ich war im April 1974 gerade von einer Vortragsreise über DDR-Literatur aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt und wohnte einige Tage bei meiner Schwester. Eines Abends klingelte es, er stand mit seiner Mutter vor der Tür und erzählte mir, er hätte 1973, im Jahr zuvor, eine Zeitschrift gegründet, die „europäischen ideen", für die er mich als Mitarbeiter gewinnen wollte. Er wohnte in Berlin und beschäftigte sich ausgiebig mit DDR-Literatur und deutscher Exilliteratur. Einige Tage später, als ich wieder in Freiburg/Breisgau war, schickte er mir die bisher erschienenen Hefte seines Periodikums. Es waren darin kurze, prägnante Artikel zu finden, Einschätzungen zum literarischen Geschehen im SED-Staat, Kommentare zu literaturpolitischen Verdikten des allmächtigen Politbüros. Und dazwischen standen immer wieder gut ausgesuchte Zitate von Autoren. Diese Hefte waren in jeder Beziehung anregend, nur Honorare bekamen die Mitarbeiter nie.

Einmal gab es auch ein Sonderheft über DDR-Häftlinge, für das der Lyriker Siegfried Heinrichs, Waldheimer wie ich, verantwortlich war, mit Beiträgen von Siegmar Faust und Jürgen Fuchs. Ich schrieb einen Artikel darüber, wie anders mein Leben verlaufen wäre, wenn der Landkreis Coburg 1920 nicht an Bayern gefallen, sondern bei Thüringen geblieben wäre.

Andreas Mytze war ein leidenschaftlicher und mutiger Journalist. Er schrieb Theaterkritiken nicht nur über Aufführungen in Ostberlin, sondern auch über solche, die am Volkstheater Rostock stattfanden. Dieses Theater aber wurde von Hans Anselm Perten (1917 bis 1985) geleitet, einem überzeugten Altkommunisten. Die Anreise für Andreas dauerte Stunden, die Rückreise auch. Während der Rückfahrt nach Westberlin schrieb er im Kopf seine Rezensionen. Was er da mit dem kritischen Blick eines unvoreingenommenen Westbesuchers gesehen und später für den Westberliner „Tagesspiegel" aufgeschrieben hatte, war oft das Gegenteil dessen, was in der Rostocker „Ostseezeitung" über das Stück zu lesen stand. Damit erheiterte er weder die Theaterleitungen in der DDR-Provinz noch die Literaturlenker im Ostberliner Kulturministerium.

Er besuchte aber auch „Kulturschaffende", die vor 1945 als Emigranten im mexikanischen oder im Moskauer Exil gewesen waren, und die mit einer gewissen Dankbarkeit registrierten, dass hier ein Journalist vor der Haustür stand, wenn auch aus Westberlin stammend, mit dem sie über bestimmte Ereignisse in ihrem entbehrungsreichen Leben sprechen konnten. Auch hier gewann er keine Freunde unter den SED- Funktionären. Schließlich wurden ihm 1976 auch diese Reisen untersagt.

Im Herbst 1976 traf ich Andreas auf einer Tagung der „Europäischen Akademie" in Berlin-Grunewald. Dort lernte ich den frisch ausgebürgerten Siegmar Faust kennen, mit dem mich seitdem eine herzliche Freundschaft verbindet. Auch der im Sommer 1957 aus Leipzig geflohene Schriftsteller Gerhard Zwerenz (1925 bis 2015) war anwesend. Während ich in den Pausen mit Andreas durch den Garten ging, erzählte er mir, er hätte ein Buch über den Exilschriftsteller Ernst Ottwalt geschrieben, das 1977 erscheinen werde. Obwohl ich an den drei internationalen Tagungen zur deutschen Exilliteratur teilgenommen hatte, war mir der Name unbekannt. Er war 1934 nach Dänemark emigriert und von dort nach Moskau. Er war in die Stalin'schen Säuberungen geraten und 1943 in einem sibirischen Straflager verstorben. Auch um einen anderen Autor, auch er Emigrant, hat er sich verdient gemacht, um Alfred Kantorowicz (1899 bis 1979), dessen „Deutsches Tagebuch" in zwei Bänden er noch einmal verlegte (1980). Diese beiden Bände, wichtiges Quellenmaterial zur frühen DDR-Literatur, sind bis heute nicht ausgeschöpft. Als er, der eine Professur für deutsche Gegenwartsliteratur an der Ostberliner Humboldt-Universität innehatte, im Sommer 1957 nach Westberlin floh, wurden ihm die unflätigsten Schimpfworte nachgerufen. Als er in Kopenhagen 1972 die DDR-Exil-Forschung wegen ihrer Defizite kritisierte, wurde er von der DDR-Delegation angegriffen.

Schließlich muss noch die vierbändige Erich-Mühsam-Ausgabe erwähnt werden, die zwischen 1977 und 1983, bearbeitet von Günther Emig, von Andreas verlegt wurde. Erich Mühsam ist heute kaum noch bekannt. Er wurde nach dem Reichstagsbrand verhaftet und 1934 von der Wachmannschaft des KZ Oranienburg ermordet. Am Tag seiner Beisetzung floh seine Witwe Zenzl nach Prag und wurde mit dem Versprechen, dass der russische Schriftstellerverband Erich Mühsams Werke edieren wolle, nach Moskau gelockt und verhaftet. Fast 20 Jahre verbrachte sie in Lagerhaft und Verbannung, bis sie 1954 nach Ostberlin ausreisen durfte. Die journalistische Arbeit von Andreas geriet frühzeitig ins misstrauische Blickfeld der Staatssicherheit in der Ostberliner Normannenstraße. In einem Bericht vom 6. Mai 1977 bezeichnete sie die seit 1973 bestehende Zeitschrift „europäische ideen" als „Fortsetzerin eines dritten Wegs". Sie sei auf „ideologische Aufweichung und Zersetzung der sozialistischen Länder" ausgerichtet. Hinter dieser Beurteilung verbarg sich die Angst, es könnte eine Neuauflage der politischen Bestrebungen von DDR-Intellektuellen geben, als Wolfgang Harich und Walter Janka den SED-Generalsekretär Walter Ulbricht hatten stürzen und einen „dritten Weg" der Deutschlandpolitik hatten eröffnen wollen. Alle Beteiligten waren für viele Jahre ins Zuchthaus gekommen.

Noch ein drittes Mal habe ich Andreas getroffen, 1994 in London, wo er ein Antiquariat betrieb.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Hinweis: Der Beitrag wurde aus Platzgründen leicht gekürzt. Der Redakteur dankt Dr. Jörg Bilke.

Der Blick hinter die Mauern trifft die Leser ganz tief in die Herzen

Marie-Luise Knopp führt uns ihre für uns bisher unbekannte Welt und vieles Schicksale vor

Was ist Resilienz? Die Älteren unter uns werden den Begriff, der seit den 1990er Jahren zunehmend in die Wissenschaften und Medien eingezogen ist, vielleicht noch nicht einmal wahrgenommen haben. Und doch ist Resilienz eine Fähigkeit, ohne die gerade ehemalige politische Häftlinge des Ostblocks ihre Haftzeit nicht hätten überstehen können.

Wenn man nach Definitionen für Resilienz sucht, findet man im Internet zunächst an die acht Rubriken, die Resilienz eine wesentliche Bedeutung beimessen. Dort findet sich auch der lateinische Ursprung: *abprallen*. In der heutigen Anwendung wird Resilienz vor allem im Zusammenhang mit der Bewältigung schwer ertragbarer sozialer Einflüsse, aber auch bei schweren Erkrankungen genannt.

Als allgemeine Einleitung mag dies genügen. Dass wir uns mit Resilienz befassen, hat mit dem neuen Buch von Marie-Luise Knopp zu tun, die zum einen ihre DDR-Haft nicht ohne Resilienz überstanden hätte, die jedoch nach ihrer Übersiedlung in die Bundesrepublik eine psychotherapeutische Zusatzausbildung absolvierte und fortan mit physisch und psychisch erkrankten Mädchen und Frauen arbeitete, denen sie half, allmählich eigene Abwehrkräfte zu entwickeln und mit ihren schweren Lebenskrisen fertig zu werden.

Natürlich muss man fragen, ist ein Hafterlebnis mit Suizidabsichten, mit einer Krebs- oder Stoffwechselerkrankung vergleichbar. Die politische Haft in der DDR war eine Zwangssituation, die durch die gesellschaftlichen Verhältnisse verursacht wurde. Menschen haben sich gegen das Regime aufgelehnt oder wollten ihm entkommen, dafür wurden sie hart bestraft. Erkrankungen entstehen in der Regel nicht durch politische Einflüsse, ihre Ursache ist nicht unbedingt erkennbar. Umso deutlicher sind die Erkennbarkeit ihres Verlaufs und die Auseinandersetzung damit. Dies genau hat Marie-Luise Knopp zum Gegenstand ihres Buches gemacht.

Nicht zu vergessen ist ein wichtiger Faktor. Er heißt Calvin, zählt 25 Jahre und ist der Enkel der Autorin. Calvin hat darauf gedrungen, die Geschichte seiner Großmutter vor dem Vergessen zu bewahren. Die Haft, die Zeit davor, die Zeit danach. Natürlich wissen wir aus den vorigen Werken vieles über die Autorin, aber es ist nicht alles, und es ist nicht das, was das Schicksal von Calvins Großmutter allein ausmacht.

Marie-Luise Knopp ist keine Frau, die sich nach den schweren Jahren nur noch ausruhen will. Sie war Lehrerin, sie hat nach der Zusatzausbildung intensiv mit kranken Menschen gearbeitet. In diesem vierten Buch lässt sie die Betroffenen zu Wort kommen, und das geht dem Leser, eben weil die Berichte nicht bearbeitet oder *frisiert* sind, tief unter die Haut. Besonders ergreifend ist der Bericht der Patientin Bärbel, deren lebensbejahende Tochter Maren mit 37 Jahren schwer an Brustkrebs erkrankt. Das Schicksal schlägt derart brutal zu, dass es der jungen Frau keine Chance lässt. Sie stirbt nach einer Kette von Behandlungen und immer wieder aufkeimenden Hoffnungen und hinterlässt einen 12-jährigen Sohn, der nur durch die Unterstützung von Marens Mutter aufgefangen werden. Bärbel erfährt Hilfe von Marie-Luise, die den Schmerz teilt, aber durch ihre Hafterfahrung zeigen kann, wie man an sich selbst wächst und die schweren Krisen überwindet.

Glücklicherweise enthält das Buch auch positive Beispiele. Da ist Mareike, die den Krebs besiegt, und da ist Jana, die sich als 17-Jährige ernsthaft mit Suizid-Gedanken trug. Ihr half Marie-Luises Buch von den „Eingesperrten Gefühlen“. Es entstand eine Art Vorbildwirkung, die das Mädchen erkennen ließ, wie schwer es andere Menschen zuweilen haben, wie es für Tausende politische Inhaftierte in der DDR war. Jana begleitete Marie-Luise zur Buchmesse nach Leipzig, wo sie völlig neue Eindrücke sammelte und andere Menschen kennenlernte. Es entstand eine Freundschaft auf Augenhöhe, und endlich findet Jana einen eigenen, soliden Weg ins Leben.

Der „Blick hinter Mauern“ enthält weit mehr solcher Beispiele, er macht dem Leser und der Leserin Mut, und man muss dabei nicht die Definition der Resilienz kennen, um zu begreifen, was in dieser Fähigkeit steckt: die Kraft zum Aufstehen und über eben diese Mauern zu blicken. Es ist sowohl die Kraft, die in einem selbst wohnt, wie auch die Kraft der anderen Menschen, die für einen da sind. In der Haft kämpfte jeder und jede für sich allein. Marie-Luise Knopp und viele andere ehemalige Häftlinge haben erfahren, dass seitens der Wachen und Vernehmer eher nach dem Ausgestoßenen getreten wurde, als dass man ihm half, indem man nach seinen Sorgen und Problemen fragte. In unserer heutigen Gesellschaft wird dem Kranken Hilfe geboten. Darin besteht eine wesentliche Quintessenz dieses Buches: Hilfe suchen, Hilfe annehmen.

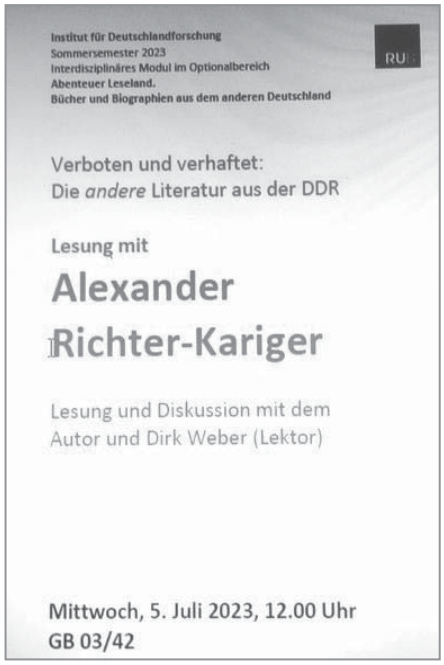
Ein Wort noch zu diesem jungen Mann, dem Enkel von Marie-Luise Knopp. Wir, die – nicht nur bildlich gesprochen – aussterbende Generation wären dankbar, wenn es weitere Calvins geben würde. Sie müssen nicht immer verwandtschaftliche Bindungen haben, sie sollen lediglich aufgeschlossen und neugierig sein. Ihnen stehen die Gedenkstättentüren offen, die Akten sind für sie lesbar, und wenn sie auf uns zukommen, öffnen wir ihnen unsere Erinnerungen und unsere Herzen. Dass das so ist und dass sie das wahrnehmen können, war vor Jahrzehnten eines der Anliegen, für die wir durch die Haft zu büßen hatten. Und was Marie-Luise Knopp betrifft, wird es vermutlich nicht lange dauern, bis wir an dieser Stelle ein weiteres Buch, dann vielleicht mit Unterstützung beider Enkel herausgegeben, vorstellen dürfen. *Tom Haltern*

Marie-Luise Knopp: **Ein Blick hinter Mauern.** Kraft aus Krisen schöpfen. 978-3866685-949-4. Visbek 2023

Wahre DDR-Literatur, die dem Autor „Sechs Jahre Z.“ einbrachte

Erster Auszug aus Richter-Karigers immer noch unveröffentlichtem Manuskript „L.“ vorgelesen

Zum ersten Mal stellte Alexander Richter-Kariger, der Emsdettener Schriftsteller und Chefredakteur der *Freiheitsglocke*, in einer öffentlichen Lesung am 5. Juli 2023 in Bochum einige Passagen aus seinem Roman „Alfred Liebreuther“ vor. ARK war für dieses Werk im Jahr 1983 von der DDR wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu sechs Jahren Haft verurteilt worden, von denen er fast die Hälfte absitzen musste. In dem Roman, der in zahlreichen Briefen in den Westen geschickt worden war, noch ganz ohne Publikationsplan, gibt es ein ungeschminktes Bild von der Wirklichkeit im Leben der DDR: von kleinen alltäglichen Schummeleien und Korruptionen der Mächtigen und ihrer Helfershelfer bis zur Gewalt der „Freunde“ aus der SU. Für die Lesung an der Bochumer Ruhr-Universität hatte Richter-Kariger eine spannende Passage ausgewählt, die gut zum Veranstaltungsort passte, ging es doch um eine Vorlesung im neuen Fach „Heuristik“. Den hier eingeführten Titelhelden muss man sich übrigens als echten Schürzenjäger vorstellen mit Geliebten in jeder der 14 Bezirksstädte der DDR, wie der Autor mit Blick auf das nach 35 Jahren noch immer unveröffentlichte Werk verriet. Eine zweite, längere Passage machte dem Publikum besonders viel Spaß, weil sich hier ein illegaler Jugendklub vor seiner Aufdeckung mit einer dreisten und amüsant erzählten Schwejkiade schützt. Die jungen Leute spielen braves FDJ-Leben vor, mit viel „Freundschaft“-Grüßen und der Phantasie einer abendlichen Begegnung mit Komsomolzen, um den Stausee von Bratsk-Irkutsk zu feiern.


Institut für Deutschlandforschung
Sommersemester 2023
Interdisziplinäres Modul im Optionalbereich
Abenteuer Leseland.
Bücher und Biographien aus dem anderen Deutschland

Verboten und verhaftet:
Die *andere* Literatur aus der DDR

Lesung mit
Alexander Richter-Kariger

Lesung und Diskussion mit dem Autor und Dirk Weber (Lektor)

Mittwoch, 5. Juli 2023, 12.00 Uhr
GB 03/42

Der Bochumer Germanist Dirk Weber inszenierte diese Passagen in seiner Lesung mit prachtvoller Stimmenvielfalt wie ein kleines Hörspiel. Davon möchte man mehr lesen. Als Alexander Richter-Kariger nach der lebhaften Diskussion zum Schluss selbst einige Seiten aus seinem Gedächtnistagebuch „Häftling 46“ (2021) vorlas, waren aber alle Anwesenden ebenso bewegt von der Erfahrung gewaltsamer Durchdringung eines Lebens in der Diktatur.

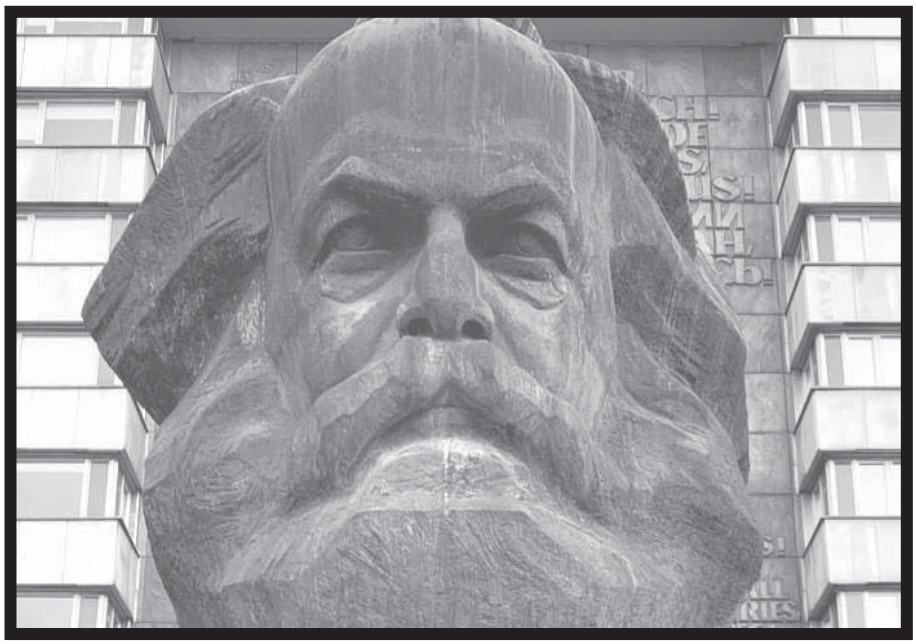
Dr. Frank Hoffmann, Bochum
Instituts für Deutschlandforschung

Meinungsfreiheit verboten

Anmerkung zu dem Buch

Das Manuskript mit dem Arbeitstitel „L.“ wurde von 1977 bis 1981 in ca. 300 Briefen an eine „konspirative“ Adresse aus der DDR in die Bundesrepublik versandt. Es enthält mehrere Neufassungen, lag zunächst nur handschriftlich vor und wurde niemals fertiggestellt. Der erste Teil hat als Schreibmaschinenabschrift (von 1987/8) allein einen Umfang von mehr als 1.200 Seiten.

Weiterhin befindet sich in den MfS-Akten des Verfassers eine Teilabschrift von 1.400 Seiten, die für die Vernehmungen gefertigt und auszugsweise in der Gerichtsverhandlung verlesen wurde. Der Inhalt wurde während der U-Haft und der Gerichtsverhandlung auf zahllose staatsfeindliche Aussagen hin ausgewertet. Das Urteil lautete auf sechs Jahre Z., obwohl keine Veröffentlichung absehbar war, da das Manuskript nur halbfertig vorlag. Es bestanden keine Kontakte zu westlichen Verlagen. Es war nur verboten, eine eigene Meinung zu haben: die Wahrheit. *ARK*



Wir trauern NICHT

um den nebenstehend abgebildeten Verstorbenen, und wir werden ihm ganz sicher KEIN ehrendes Andenken bewahren.

Liebe Kameradinnen und Kameraden, es ist sehr erfreulich, dass wir für diese Ausgabe der Freiheitsglocke keine Meldung über verstorbene Mitglieder erhalten haben. Daher leisten wir uns ganz einfach mal die Aussage, dass wir um den Urheber der Kommunismus-Theorie in keiner Weise trauern. *Ihr und euer Redakteur*

Der runde Geburtstag

Seit fast 40 Jahren aufrechter VOS-Kämpfer

Gerd Franke wird 75 Jahre

Herzliche und kameradschaftliche Glückwünsche gehen an unser Mitglied Gerd Franke, der am 15. August seinen 75. Geburtstag erleben darf. Kamerad Franke gehört der VOS seit 1985 an und zählt zu den Aktivisten des Verbandes. Er ist vor allem in seiner Landesgruppe Hessen / Rheinland-Pfalz ein von allen geschätzter Aktivposten. Kaum ein Gedenktag ging vorüber, an dem er die Mitglieder seiner Region nicht zur Kranzniederlegung und zum anschließenden gemütlichen Beisammensein aufrief. Mehrfach nahm er an Veranstaltungen am Point Alpha (Foto) teil, wo er mit seinen Beiträgen – auch vor Schulklassen – zur Aufarbeitung der Geschichte beitrug.

Gerd Franke verbrachte in der DDR mehrere Jahre in der Haft, weil er sich unbeugsam gegen das vom Regime ausgeübte Unrecht stellte. Seine kompromisslose Haltung gegen die Diktatur der SED gab er auch nach der Übersiedlung nicht auf.

Wie viele aus der VOS forderte er Freiheit und Demokratie für die Landsleute in Mitteldeutschland und empfand die Wiedervereinigung unseres Landes vor 33 Jahren als geschichtlich bedeutsamen Schritt. Sei dem unerwarteten Tod unseres verdienten Kameraden Arnold Selten ist Gerd Franke in vielem der alleinige Organisator der Gedenkveranstaltungen, wobei er zuletzt selbst unter gesundheitlichen Problemen litt. Wir von der VOS wünschen dir, lieber Gerd, alles Gute und gesundheitliche Stabilität. Der Verband, die Kameradinnen und Kameraden brauchen Aktivisten wie dich, die handeln und uns allen, die wir auch nicht mehr jung sind, Vorbild bleiben und Optimismus vermitteln.

Bundesvorstand, Redakteur, Landesgruppe

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 851/852 erscheint Sept. / Okt. 2023
Redaktionsschluss der FG 849/850 am 14. Juli 2023